

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2.40 M. (binnen 95 Pf., monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Preisbeleg 4.22 M., einschließlich 90 Pf. Postzeitung und 72 Pf. Belegstellen führen. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Briefposttarif 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Sonderheft mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Dienstag
20. Oktober 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfbroschüre 80 Pf. Kleinzeile 5.— M. „Kleinanzeigen“ das fertige Blatt 25 Pf. täglich zwei fertige Blätter, jedes weitere Blatt 12 Pf., Aband 12 Pf. Streifenwerbung das erste Blatt 15 Pf., jedes weitere Blatt 10 Pf. Aband über 15 Buchstaben zahlen für zwei Blätter. Reichsweite Zeile 60 Pf. Familienanzeigen Zeile 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: Dönhofs (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkasskonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. D. V. u. Dist.-Gel., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Die Nazi-Unruhen in Braunschweig

Ablehnungsversuche des braunschweigischen Innenministers.

Braunschweig, 19. Oktober. (Eigenbericht.)

In der „Braunschweigischen Staatszeitung“ läßt Klages am Montag behaupten, daß die gemeldeten Zusammenstöße während des braunschweigischen Nazi-Treffens nicht den Tatsachen entsprechen und die vom Ortsverein Braunschweig der Sozialdemokratischen Partei an den Reichsinnenminister gemeldeten Vorfälle auf den Kopf gestellt seien. Daraufhin hat der Abgeordnete des Braunschweigischen Landtages, Thielemann, folgendes Telegramm an den Reichsinnenminister geschickt:

„Braunschweigische Regierung teilt in „Braunschweigischer Staatszeitung“ mit, daß es sich bei meinem Telegramm über Straßenkämpfe in Braunschweig um glatte Erfindungen handele, die Tatsachen auf den Kopf stellen. Straßenkämpfe sind von Tausenden beobachtet. Sachschaden wird festgestellt. Auch amtlicher Polizeibericht gibt Zerkümmern zahlreicher Fensterscheiben zu. Befehlshaber der Kommandeur der Schutzpolizei antwortete auf meine Feststellung, daß Polizeikräfte zu schwach seien: „Das kann wohl sein.“ Schriftliche Stellungnahme folgt.“

Klages Feststellungen in der „Braunschweigischen Staatszeitung“ sind unwahr. In dem amtlichen Polizeibericht werden die Straßenkämpfe zugegeben. Ferner wird zugegeben, daß am Sonntag sowohl auf dem Nidelmarkt als auch auf der Langen Straße zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert worden sind. Tatsächlich ober haben die SA nicht nur in diesen Straßen, sondern auch in anderen Straßen der Arbeiterviertel zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert, Fenstertreuze eingedrückt und Türfüllungen eingetreten. Die Sozialdemokratische Partei ist dabei, über die Zahl der zertrümmerten Scheiben nähere Erhebungen anstellen zu lassen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird die „Heidentaten“ der Nazis im Landtag in einer Großen Anfrage zur Sprache bringen. Der Gauvorstand des Reichsbanners wird Minister Groener eine ausführliche Beschwerdeschrift über die Hafentruzschreitungen übermitteln.

Groener fordert Bericht.

Der Reichsminister des Innern hat am Montag bei der braunschweigischen Regierung über die braunschweigische Gefandtschaft in Berlin wegen der jüngsten Vorfälle in Braunschweig neue Vorstellungen erheben lassen und um einen schriftlichen Bericht über den Verlauf des Sonntags bzw. die in der Presse gemeldeten Vorgänge gebeten.

Die Hitlerischen Schlägerbanden haben in den Braunschweiger Arbeitervierteln gezeigt, warum sich ihre Partei eine Arbeiterpartei nennt: weil es ihre Zweckbestimmung ist, Terror gegen die Arbeiterbevölkerung zu üben. Sie haben in Braunschweig gewütet, weil sie sich sicher fühlten. Der Polizeiminister in Braunschweig, Klages, hat seit seinem Amtsantritt jede öffentliche Kundgebung republiktreuer Organisationen verboten — nicht einmal sozialdemokratische Kinder durften in Braunschweig geschlossen über die Straße gehen. Er hat dafür den Ausmarsch von 30 000 Hitlerleuten gestattet und hat aktiv daran teilgenommen. Er hat ferner durch Leute von Hitlers Schutzsturm Polizeidienste verrichten lassen, er trägt ein vollgerüstetes Maß von Schuld an den Vorgängen in Braunschweig. Tatsache ist, daß die Hitlergardien in den Braunschweiger Arbeitervierteln gehaßt haben, als sei das Dritte Reich bereits angebrochen. Wes Geistes Kinder diese Burschen sind, ergibt sich aus den Vorfällen in Liegnitz.

Die Reichsregierung muß sich im klaren darüber sein, was dies bedeutet. Wenn eine Partei, die ganz offen nach dem Bürgerkrieg ruft, in einer Stadt 30 000 Mann konzentriert, die dort Terror üben, und sich von dort wieder ins Land ergießen, überall Unruhe und Zusammenstöße hervorruft, so ist dies schon Provokation genug. Wenn diese Partei dabei aber noch Begünstigung durch eine Landesregierung erfährt, so wird die Provokation unentraglich! Die Reichsregierung muß die Vorgänge in Braunschweig auf das ernsteste prüfen und dann ihre Folgerungen ziehen!

Braunschweiger Waffenscheine für Auswärtige?

Braunschweig, 19. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion des Braunschweigischen Landtages richtete an den braunschweigischen Innenminister Klages folgende parlamentarische Anfrage:

„Nach Meldungen auswärtiger Zeitungen sind von der braunschweigischen Polizei Waffenscheine für auswärtige Nationalsozialisten ausgestellt worden. Insbesondere soll der hannoversche Nationalsozialist und Sturmtruppführer Korfemann in Braunschweig einen Waffenschein erhalten haben. Ich frage die Regierung: 1. Es ist es wahr, daß Korfemann in Braunschweig einen Waffenschein erhalten hat? Wenn ja, warum? 2. Haben noch andere auswärtige Nationalsozialisten Waffenscheine erhalten? Wenn ja, wer?“

Die Unruhen gehen weiter.

Braunschweig, 19. Oktober.

Ein Trupp Kommunisten zog heute abend durch einige Geschäftsstraßen der Innenstadt und schlug die Schaufensterscheiben mehrerer Geschäfte ein. Als die Polizei eintraf, waren die Täter bereits verschwunden.

In der Nähe des Amtsgerichts wurde ein Auto mit einigen Nationalsozialisten von einer größeren Horde von Leuten aus der Altstadt mit Knäpeln und Steinen beworfen. Die Nationalsozialisten gaben daraufhin mehrere Schüsse ab, durch die eine Arbeiterin verletzt wurde. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Wie verlautet, sollen die Nationalsozialisten im Besitz von Waffenscheinen sein.

Anschlag auf das Volkshaus in Liegnitz.

Liegnitz, 19. Oktober. (Eigenbericht.)

Nazi-Horden, die aus Braunschweig zurückkehren, versuchten am Montag beim Morgenrauschen einen Anschlag auf die sozialdemokratische „Liegnitzer Volks-Zeitung“ und einen Angriff auf das Volkshaus. Vor dem Druckereigebäude der Volkszeitung brachten sie einen Sprengkörper zur Explosion. Die Detonation des Körpers war weithin hörbar. Schaden wurde jedoch nicht angedacht.

Im Anschluß an den Anschlag auf die Volkszeitung wollten die Nazis einen Angriff auf das Volkshaus unternehmen. Als sich ihnen jedoch Reichsbannerleute entgegenstellten, ergriffen die Nazis die Flucht. Mehrere stürzten in der Dunkelheit, so daß ihnen sofort eine Lektion erteilt werden konnte.

Erst muß Brüning stürzen!

Warum man die Tarifverhandlungen verschleppte.

Es war gefallen, daß zu der Harzburger Verschwörung nicht nur die politischen Vertreter der Rechtsparteien gekommen waren, sondern auch ganz prominente Führer der Wirtschaft, besonders aus dem Westen. Die Poensgen, Grauert und Konforten spielten zwar die erste Geige im rheinisch-westfälischen Scharfmacherkonzern, aber politisch haben sie sich bisher nirgends betätigt, wenn über ihre reaktionäre Gesinnung auch kein Zweifel bestand. Und nun tauchten sie plötzlich bei einer ganz großen politischen Aktion auf, ohne daß man wußte, für welche Partei sie dort waren.

In dieses Dunkel wirft eine Nachricht ein grelles Licht, die uns aus dem Westen zugeht. Dort sind, wie anderwärts, die Tarife von den Unternehmern gekündigt worden. Während es aber sonst, wenn es gilt, die Löhne abzubauen, den Unternehmern nicht schnell genug gehen kann, waren sie diesmal merkwürdig zurückhaltend. So merkwürdig, daß die Gewerkschaftsvertreter — es handelt sich um die Metallindustrie — am 12. Oktober, am Tage nach der Harzburger Verschwörung, anfragten, wann die Verhandlungen stattfinden sollen.

Darauf erhielten sie die Antwort: „Nicht vor dem 19. Oktober. Erst muß die Regierungskrise beendet sein.“

Die Unternehmer hofften bestimmt auf den Sturz Brünings. Erst muß Brüning stürzen. Dann — braucht man sich über Tarifverträge überhaupt nicht mehr zu unterhalten, denn dann ist es mit den Tarifverträgen vorbei.

Diese Spekulation der Unternehmer ist zwar etwas grobschlächtig und naiv, sie beleuchtet aber das Manöver, das unter dem Kommando der Schwerindustrie von den vereinten Nationalsozialisten und Kommunisten ausgeführt wurde. Daß es nicht gelang, ist gewiß nicht die Schuld der faschistisch-kommunistischen Stürmer.

44-Stunden-Woche bei der BVB. In einer Funktionärerversammlung des Personals der BVB wurde dem Ergebnis der Verhandlungen, worüber wir an anderer Stelle berichten, in vorgerückter Nachmittagsstunde gegen eine starke Minderheit zugestimmt.

Der mandschurische Konflikt

(Von unserem Sonderkorrespondenten)

Schanghai, Mitte Oktober. (Eigenbericht.)

Ungeachtet der formellen Bereitwilligkeit Japans und Chinas, die Austragung des mandschurischen Streifalles der Schiedsgerichtsbarkeit des Völkerbundes zu unterwerfen, zuckt das Bettlerleuchten im Fernen Osten weiter. Es besteht vorläufig nicht die Gefahr, daß der Konflikt in einen kriegerischen Zusammenstoß ausartet, aber es hat sich doch erwiesen, daß die Autorität von Genf nicht so weit reicht, um das Aufhören von Feindseligkeiten durch einen Nachspruch zu verhindern. Der mandschurische Fall ist ein neuer Beweis dafür, wie sehr die Methode des Völkerbundes für jenseits des europäischen Kreises liegende Komplikationen revisionsbedürftig ist.

Eine Betrachtung der Verhältnisse in der Mandchurei führt zur Feststellung, daß die Spannung zwischen den beiden großen Mächten des Fernen Ostens tiefe Gründe hat und nicht einfach am grünen Tisch aus der Welt geschafft werden kann. Wenn der Brandherd gelöscht werden soll, dann sind andere und stärkere Mittel als die der reinen Diplomatie nötig, weil die mandschurischen Differenzen wirtschaftliche und soziale Ursachen haben. Hinter den chinesischen Verstößen gegen die japanischen Rechte in der Mandchurei steckt die Erbitterung eines Volkes, das sich durch politische Kunstgriffe in seinen natürlichen Rechten und in seiner natürlichen Entwicklung benachteiligt fühlt. Längs der von den Japanern betriebenen südmandschurischen Eisenbahn, die sich von Dairen bis nach Chargin zieht, stoßen die großen, die Welt des Ostens bewegenden Ideen hart aufeinander. Japan spielt hier die Rolle des Rügeniebers von kolonialen Konzeptionen, die mit Hilfe militärischer Machtmittel künstlich aufrechterhalten werden, während chinesische Arbeit die Mandchurei aus einer Einöde zu einem dicht bewohnten Lande mit wachsender Bedeutung für die Weltwirtschaft gemacht hat. Obwohl Japan fast ein halbes Jahrhundert im Besitz dieses wertvollen Stückes Erde ist, das dicht vor seinen Inseln und an der Grenze seines koreanischen Besitzes auf dem asiatischen Festlande liegt, hat es sich darauf beschränkt, dort mit europäischer Kolonialpolitik entlehnten Methoden zu arbeiten. Japaner sind die Befürworter der reichen Bodenschätze, der industriellen Unternehmungen und Kaufleute, die das chinesische Proletariat mit allen Bedürfnissen bis hinunter zum Rauschgift versorgen. Dagegen haben sich Japaner in nennenswerter Zahl weder als Bauern noch als Arbeiter anzusiedeln vermocht, weil sie an die milde Seeluft ihrer Heimat gewöhnt, das nördliche Klima der Mandchurei nicht vertragen.

Seit dem Ausbruch der inneren Wirren im Reich der Mitte hat sich von China her eine der merkwürdigsten Bevölkerungsbewegungen des 20. Jahrhunderts vollzogen. Millionen von Chinesen haben ihre Heimat in den nördlichen Provinzen des Landes verlassen, Hunderttausende von ihnen sind am Wege umgekommen, aber ein Teil ist doch ans Ziel gelangt und hat sich in der Mandchurei eine neue Existenz aufgebaut, für die er die Mittel durch den Verkauf seiner arbeitsfähigen Hände und häufig sogar durch den seiner Kinder aufgebracht hat. Mit der Konsolidierung des chinesischen Elements haben sich die Reibungsflächen zwischen der japanischen Oberschicht und den Zuwanderern vergrößert, weil Japan keinen anderen Ausweg kennt, als sich des von unten her kommenden Drucks durch die Gewaltmittel zu erwehren. Japan besitzt vertraglich dafür eine Reihe von Möglichkeiten. Es ist ihm erlaubt, zur Sicherung der Bahnlinie, die das Leben seines Hafens Dairen garantiert, eine Armee von 20 000 Mann in der Mandchurei zu unterhalten. Japanische Waren können von hier aus zollfrei in das Innere gelangen. Eine Million japanischer Untertanen aus Korea findet im Lande auf verschiedene Art ihre Existenz. Die bis aufs Stipfelchen gewährten Rechte Japans bilden für die chinesische Bevölkerung eine Quelle dauernden Vergernisses. Chinesischerseits hat daher ein systematischer Kampf gegen die japanische Hegemonie begonnen, der mit allen kleinen Teufeleien geführt wird, deren der Mensch des Fernen Ostens fähig ist, wenn er einem Mächtigeren ans Zeug will.

Die südmandschurische Eisenbahn wird von den Chinesen

Groener über seine Aufgabe.

Erklärungen gegen den politischen Straßenterror.

Reichswehrminister Dr. Groener, der das Reichswehrministerium leitet, äußerte sich am Montag einem Pressevertreter gegenüber über die Aufgaben seiner beiden Ämter. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Äußerungen mit ihren scharfen Wendungen gegen Terrorakte insbesondere im Hinblick auf die jüngsten blutigen Vorgänge in Braunschweig erfolgten. Reichsminister Groener erklärte:

„Wir müssen im kommenden Winter alle Kräfte anspannen, um den inneren Bestand des Reiches, die Autorität des Staates und die wirtschaftlichen Grundlagen unserer Existenz so zu festigen, daß das deutsche Volk und mit ihm die Reichsregierung in der Lage ist, in klarer Erkenntnis der Größe der Entscheidungen Opfer für eine freie Zukunft zu bringen. Diesen Leitgedanken, dem der Herr Reichskanzler schon in seiner Reichstagsrede Ausdruck gegeben hat, müssen alle unsere Handlungen untergeordnet werden. Die Vereinnahmung wichtiger staatlicher Machtmittel des Reiches in einer Hand ist heute mehr als zuvor eine Notwendigkeit, die wir zur Stärkung und Verdeutlichung der Autorität des Staates und zur Erfüllung der schweren Aufgaben des Winters brauchen.“

Als Reichswehrminister habe ich darauf gehalten, daß die Wehrmacht als sicherer Hort der staatlichen Ordnung unbeirrt von den Wandlungen der Tagespolitik ihren Weg geht und schon allein durch ihre Existenz zum Ausdruck der inneren Sicherheit des Staates und der Verfassung wird. An dieser Aufgabe der Wehrmacht ändert sich nichts.

Ich lehne es ab, von dieser Linie abzuweichen und etwa die Wehrmacht als Polizeitruppe des Reichsinnenministeriums verwenden zu wollen.

Ihre vornehmste Aufgabe bleibt, den Staat gegen Angriffe von außen zu schützen und — trotz der unzulänglichen Mittel, die uns die Verträge gelassen haben — der lebendige Ausdruck des Bewusstseins des ganzen Volkes zu sein. Ebenso wie ich als Reichswehrminister jeden Versuch einer Politisierung der Wehrmacht bekämpfe, werde ich als Reichsinnenminister dafür sorgen, daß die personelle Verbindung mit einem Ressort, das vornehmlich politische Aufgaben zu erfüllen hat, an der überparteilichen Linie der Reichswehr nichts verändert.

Je stärker die politischen Spannungen im Inneren werden, je weiter die Spaltung des Volkes in zwei Lager betrieben wird, desto wichtiger wird die Aufgabe der Staatsführung, alle aufbauwilligen Kräfte zu positiver Mitarbeit heranzuziehen. Das gemeinsame Ziel erfordert aber, daß der Willkür in der politischen Betätigung Schranken gezogen werden, wenn sie auf den gewalttätigen Umsturz der Verfassung und auf die Vernichtung unseres Staatswesens und unserer Kultur im Bolschewismus gerichtet ist. Unsere Ehre erfordert die Bekämpfung von Versuchen, durch Demagogik und böswillige Diffamierung das Ansehen des Deutschen Reiches herabzusetzen, und Bekämpfung einer politischen Kampfesweise, die sich in gemeiner Hege und Verunglimpfung der Einrichtungen des Staates und seiner führenden Persönlichkeiten erschöpft.

Deute ebenso rasch wieder verliere. Auf Wpshatmenschen sei überhaupt kein Verlaß und deshalb müsse die Propaganda der Partei aufs Land hinausgetragen werden. Dort sei zwar schwerer Boden zu beackern, aber die Erfahrung lehre, daß Menschen im so zäher an etwas festhalten, je hartnäckiger der ursprünglich dem Reuen geistete Protest in Erscheinung getreten sei. Der bodenständige Mensch, der deutsche Bauer, müsse das Rückgrat der Partei werden.

Die erste Folgerung aus dieser geheim betriebenen programmatischen Umkehr bildete die Herausgabe einer Nazi-Bauernzeitung, der nationalsozialistischen „Landpost“, zu deren Leiter den geistreichen Sach schrieb: „Der Nationalsozialismus wird entweder den deutschen Bauern erobern oder er wird überhaupt nicht sein.“ Es bleibt also abzuwarten, ob die hatenkreuzler ihre schwindelhaftige Firmierung als Arbeiterpartei zum alten Eisen werfen werden.

Ströbel gegen die SAP.

Die bessere Einsicht vor einem Jahre.

Der der abgeplüßerten Gruppe Rosenfeld-Sendewitz zugehörige Reichstagsabgeordnete Ströbel veröffentlichte am 25. Oktober 1930 in der Zeitung der Deutschen Friedensgesellschaft „Das andere Deutschland“, Nr. 43, einen Artikel, der sich mit der Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte. Ströbel rechtfertigte die Haltung der Fraktion und schrieb unter anderem folgendes:

„Was wäre geworden, wenn die Regierung Brüning zu Fall gebracht worden wäre? ... Das Stürzen einer Regierung hat nur dann einen Sinn, wenn eine nach Ansicht der Opposition bessere Regierung an die Ruder kommt. Wenn nur Personen wechseln, aber das System doch zu 95 Proz. das alte bleibt, wird an den Regierungshandlungen wenig gebessert, wohl aber werden nur die Parteien in Mißkredit gebracht, die nunmehr die Verantwortung für die Regierung übernommen haben.“

„Diesmal lagen die Dinge bei der Frage des Regierungsturzes noch viel einfacher und viel schlimmer. Fiel die Regierung Brüning, so kam nicht einmal eine „Große Koalition“ mit Einschluß der Sozialdemokratie in Frage, da dafür ja keine Mehrheit zustandebringen gewesen wäre. War die Regierung Brüning durch die Annahme des Mißtrauensvotums unmöglich geworden, so gab es nur zwei Eventualitäten: entweder verschärfte Diktatur dieser Regierung oder eine Regierung der Rechten unter Führung der Straher, Goebbels, Hugenberg und Didenburg-Januschau. Beide Wege hätten höchstwahrscheinlich zum Bürgerkrieg und zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft geführt.“

„Aber auch die Bildung einer Rechtsregierung unter der Führung der Nazis und Hugenbergianer wäre eine Katastrophe. Kein Mensch weiß, welcher Torheiten und Provokationen eine solche Regierung auf außenpolitischem Gebiet fähig wäre. ... Wohl aber würden sie (die Nationalsozialisten) mit deren Zustimmung (Agrarier und Schwerindustrie) nach dem Wehrministerium und dem Ministerium des Innern greifen, um die Machtmittel der Reichswehr und der Polizei in ihren Besitz zu bringen. Der Endkampf zwischen Demokratie und Faschismus wäre dann unausweichbar.“

Das Ansehen des Deutschen Reiches erfordert, daß Terrorakte gegen politische Gegner und stufliche Auseinandersetzungen von Volksgenossen untereinander unmöglich gemacht werden.

Ich werde mich nicht scheuen, zur Erfüllung dieser Aufgabe im Notfall drakonische Ausnahmestimmungen vom Herrn Reichspräsidenten zu erbitten.

In diesem Geiste werde ich die zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen erlassenen Bestimmungen handhaben. Es wird meine Aufgabe sein, die gerechte Anwendung der Bestimmungen sicherzustellen. Ich hoffe dabei, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Presse, der politischen Parteien und Verbände durch die Achtung dieser Grenzen im politischen Kampfe unter das sachliche Ziel der Existenz und der Freiheit des Deutschen Reiches stellen und damit dem verfassungsmäßigen Recht der freien Meinungsäußerung seine Bedeutung wiedergeben. Dann wird es auch möglich sein, die Fülle der einengenden Bestimmungen abzubauen und die Grenzen politischer Betätigungsmöglichkeiten klarer zu gestalten. Ich erwarte davon eine größere Rechtsicherheit aller beteiligten Kreise und nicht zuletzt eine Freimachung der politischen Organe für ihre eigentliche Aufgabe.

Es muß eine Ehrenpflicht der einzelnen politischen Gruppen werden, in ihren Reihen selbst Disziplin zu halten und Ausschreitungen zu verhindern.

Dann kann sich die Polizei darauf beschränken, gegenüber Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten vorzugehen. Dafür werde ich allerdings mit meiner ganzen Kraft sorgen, daß, wenn die Staatsgewalt eingeseht werden muß, sie auch in aller Härte durchgreift. Die Polizeibeamten in ihrem schweren, aufopferungsvollen Dienste gegen Widerstände und Terrorakte zu schützen, betrachte ich als die Pflicht des Staates, zu deren Erfüllung die schärfsten Handhaben geschaffen werden müssen.

Je mehr wir einen fruchtlosen Kampf im Inneren vermeiden und verhindern, desto mehr können wir die Kräfte einsetzen zur Überwindung der Not durch positive Maßnahmen. Eine der wichtigsten Aufgaben, die uns neben den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung der Notwinter stellt, sehe ich in der Vindierung der leiblichen und seelischen Not der jugendlichen Erwerbslosen. Die organisatorischen Möglichkeiten und die Geldmittel für diese Aufgabe sind zu gering, um von Staats wegen allein wirksame Maßnahmen schaffen zu können. Allen Verbänden und Gruppen, die Jugendlichen in ihren Reihen haben, erwächst die Aufgabe, in dieser Frage positive Mitarbeit zu leisten. Es wird die vornehmste Aufgabe des Reichsinnenministers sein, alle Bemühungen und Versuche, die gemacht werden, um die Jugend von der Straße wegzubringen, sie zu Jugend und Ordnung zu erziehen, sie körperlich zu ertüchtigen und in ihrer geistigen Haltung mehrheitlich zu machen, so weit wie möglich zu unterstützen. Die in meiner Hand vereinigten Machtmittel des Staates sind stark genug, um der Betätigung der aufbauwilligen Kräfte im Volke weiten Spielraum zu lassen. Die Jugend braucht Geduld. Sie soll die Freiheit haben, für sie zu leben, wenn sie nicht gegen den Staat gerichtet sind, sondern auf Deutschlands Zukunft.“

„Wer diese Lage nur etwas gründlicher durchdenkt, wird es begreifen, daß die Sozialdemokratie trotz aller Bedenken gegen die Regierung Brüning in ihrer Politik sich nicht zum Sturz dieser Regierung entschließen konnte.“

Diese Argumentation gilt heute — nach Harzburg — in verstärktem Maße. Aber derselbe Ströbel, der damals die Dinge so richtig darstellte, gehört heute zu der Spaltpartei, die gemeinsam mit den Kommunisten das Spiel der Harzburger begünstigt hat!

Krach in der Wirtschaftspartei.

Folgen der Abstimmung für Brüning.

Der Gesamtvorstand der Wirtschaftspartei ist für Mittwoch, den 21. Oktober, nach Berlin einberufen worden, um sich mit der Haltung der Reichstagsfraktion der Partei bei der entscheidenden Abstimmung im Reichstag zu beschäftigen. In der nächsten Woche soll dann der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei, ebenfalls in Berlin, zusammentreten. Zu dem Schritt des sächsischen Staatsministers a. D. Dr. Weber, der sein Amt als einer der Parteivorstände der Wirtschaftspartei als Protest gegen die Abstimmung für Brüning niedergelegt hat, wird berichtet, daß die vierköpfige Parteileitung vor der Entscheidung im Reichstag beschlossen habe, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, unter allen Umständen geschlossen abzustimmen.

Bereinbarung zwischen Kassen und Ärzten.

Anpassung des Honorars an den Grundlohn.

Die zwischen den Spitzenorganisationen der Krankenkassen und der Ärzte seit Monaten schwebenden Verhandlungen, um die Ausgaben für ärztliche Behandlung in ein bestimmtes Verhältnis zur Wirtschaftskraft der Kassen zu bringen, haben zu einer Vereinbarung geführt. Diese Vereinbarung ist im Augenblick noch nicht von den Verbänden angenommen. Mit ihrer Annahme ist jedoch zu rechnen.

Die Grundtendenz der Vereinbarung liegt darin, daß die ärztliche Organisation selbst in erster Linie dafür sorgen soll, daß nicht eine Überbelastung der Kassen eintritt. Das Arzthonorar wird jetzt ganz allgemein pauschaliert und unter Anwendung eines Punktsystems durch die ärztliche Organisation berechnet und gezahlt. Der Durchschnittswert eines Punktes der ärztlichen Behandlung soll bei etwa 80 Pf. liegen. Je mehr Einzelleistungen, desto geringer der Punktwert. Auf diese Weise wird verhindert, daß nicht eine künstliche Steigerung der Leistungen entsteht. Bezüglich des kassenärztlichen Honorars wird von einer Entzählung aus dem letzten Jahr ausgegangen. Der gewährte Rabatt wird gleitend in seiner Höhe dem jeweiligen Grundlohn angepaßt. Der Arzt wird für Verhinderung bei Arznen- und Heilmittelauslagen, die einen bestimmten Normalfall übersteigen, unter Umständen hasibar gemacht, d. h. die Kosten für die Überleistung selbst tragen müssen.

Die Beschränkungen für die Zulassung der Jungärzte zur Kassenpraxis werden gemildert. Es ist vereinbart, daß die zur Zeit noch wartenden 3600 Jungärzte im Laufe von drei Jahren, also in drei Etappen zugelassen werden. In Berlin warten etwa 600. Es werden hier also Jahr für Jahr binnen drei Jahren 200 Jungärzte zur Kassenpraxis zugelassen.

völlig isoliert, so daß sie allmählich aus einem Gewinnunternehmen ein mit dauernden Schwierigkeiten ringendes Verlustobjekt zu werden beginnt. Zu diesem Zwecke ist gegenüber von Dairen ein chinesischer Hafen Hulutao gebaut worden, der mit dem ostchinesischen Bahnnetz durch gute Verkehrswege verbunden ist. Beim Verlassen des Hafens von Dairen werden die japanischen Produkte von den lokalen Behörden mit doppelten Zöllen belegt, so daß sie am Ort ihrer Bestimmung konkurrenzunfähig werden. Ueberfälle auf isolierte Japaner sind an der Tagesordnung. Mit unverkennbarer Absicht macht die chinesische Polizei Jagd auf koreanische Einwanderer und befördert sie über die Grenze. Alle Vorstellungen der japanischen Regierung blieben monatelang erfolglos. Mit vollendeter Höflichkeit erklärte sich die chinesische Regierung für machtlos und drückte ihr Bedauern über die Verletzungen des Vertrages aus.

Der japanische Stolz dem machtlosen China gegenüber wird durch diese ewige Politik der Nadelstiche aufs tiefste verletzt, aber ein praktisches Mittel gegen die chinesische Abwehrakt hat sich bisher noch nicht finden lassen. Die Gefahr wird immer größer, daß die einst für Japan so vielversprechende Mandchurerei zu einem Passivposten in der japanischen Rechnung werden wird.

Die japanische Geduld ist gleichzeitig mit einer Bombe explodiert, mit der ein Haufe von 350 chinesischen Soldaten eine Brücke der südmandschurischen Bahn nördlich von Mukden in die Luft gesprengt hat. Als Antwort darauf haben die japanischen Militärs gezeigt, daß sie auch noch da sind und ihr Eingreifen hat einigen hundert Menschen auf beiden Seiten das Leben gekostet. Angesichts der Haltung der feindlichen chinesischen Schwesterrepubliken Nanking, Kanton und Peking, die über der Gefährdung der nationalen Ehre ihre ewigen Streitigkeiten für einige Zeit vergessen und die sich gegen den Erbfeind solidarisch erklärt haben, wird es Japan nicht zum äußersten kommen lassen, weil es fürchten muß, trotz seiner militärischen Überlegenheit den kürzeren zu ziehen, wenn ganz China sein Vorgehen mit einem Boykott japanischer Waren beantworten würde. Diesen Luxus kann sich das Land der aufgehenden Sonne zur Zeit nicht leisten. Es wird daher auf die kostspielige Genugtuung auf dem Felde der Ehre verzichten.

An der Ueberfülle der europäischen Sorgen wird das mandschurische Intermezzo bald wieder vergessen werden. Man wird es daher auch veräumen, den Hintergründen des Falles nachzugehen, um Möglichkeiten für die dauernde Befestigung der Uebel zu finden. Sie liegen in den Auswüchsen der kolonialistischen Tätigkeit Japans, das versucht, Profite auf Kosten chinesischer Arbeit aus der Mandchurerei herauszupressen. Solange dafür nicht Abhilfe geschaffen sein wird, wird die mandschurische Frage dauernd ein Sturmzentrum bleiben, dessen Gefahr sich steigern wird, wenn Rußland den Augenblick für gekommen hält, sich aktiv in die Angelegenheit einzumischen.

Auf dem Wege zum Kompromiß.

Genf, 19. Oktober. (Eigenbericht.)

Im mandschurischen Konflikt scheint eine Entspannung einzutreten. Der heutigen geheimen Ratssitzung lagen Nachrichten vor, nach denen im Fernen Osten eine gewisse Fühlungnahme zwischen Chinesen und Japanern erfolgt sei. Es wird einestheils als deren Ergebnis angesehen, daß der Bahnbetrieb Mukden-Hailung wieder aufgenommen werden konnte, die Japaner die beabsichtigte Landung neuer Truppen in Schanghai aufgegeben und ihre Bombenflugzeuge durch Beobachtungsflugzeuge ersetzt haben sollen. Andererseits dürften die diplomatischen Bemühungen Washingtons in Tokio und der Schritt der dreizehn Mächte auf Grund des Kellogg-Paktes wesentlich zu diesen Ergebnissen beigetragen haben.

Der Optimismus der Ratssmitglieder

nach der heutigen Sitzung kommt weiter aus der etwas konzilianteren Haltung Japans in Genf. Es hat inzwischen seine Forderungen an China in Gestalt von fünf Punkten dem Ratsspräsidenten mitgeteilt, der einen davon als unannehmbar bezeichnen mußte. Es verlaute, daß die Japaner nicht mehr absolut auf ihm bestehen wollten. Weiter bildete sich die Bereitschaft beider Parteien heraus, dem Rat die Formulierung eines Einvernehmens zu ermöglichen, so daß keine Entscheidung mehr gegen Japan notwendig sein werde. Auch die chinesischen Forderungen scheinen diesem Ziel näherzukommen.

Das Arrangement dürfte wohl auf der Basis der Anerkennung der Verträge zustandekommen, also des Verzichts Japans auf seine ursprünglich weitergesteckten Pläne sowie ganz bestimmter Garantien Chinas ohne Reparation. Der Völkerbund wird die Durchführung durch Einzelbeobachter der Mächte kontrollieren und garantieren. Für heute ist jede weitere Sitzung abgesetzt. Briand wird mit Japan und China direkt weiter verhandeln. Man rechnet bereits mit einem günstigen Ende der Ratstagung Mitte der Woche.

Hitler gegen die Arbeiter.

Er nennt sie den „Mob der Städte“.

München, 19. Oktober. (Eigenbericht.)

Das offene Einschwenken Hitlers in die Front der industriellen und großagratischen Reaktion gegen die Arbeiterklasse hat eine Vorgeschichte, die ihren Ausgangspunkt von einer Reichskonferenz der Nazis im April dieses Jahres in München nahm. Der vor wenigen Wochen aus der Hitler-Partei ausgetretene mehrjährige Hilfsreferent bei der Reichsleitung, Freiherr von Darré, teilt darüber interessante Einzelheiten mit.

Auf dieser Reichskonferenz erklärte Hitler am 27. April, daß man den Mob der Städte niemals geminnen könne und darum den Kampf aufs Land hinaustragen müsse. Diese Auffassung bildete dann tags darauf den Inhalt des Hauptreferats, das der neue Leiter der agrarpolitischen Abteilung der Nazipartei, Diplomvolkswirt Darré, vor den versammelten Gauleitern hielt. Darré führte aus:

Die Nationalsozialistische Partei sei zwar als Arbeiterpartei gegründet worden, doch sei die Erfassung der Arbeiterschaft vorbeigelungen. Das Lumpenproletariat sei überhaupt nicht für die Partei zu begeistern. Die gegenwärtige Anhängerzahl bestehe vornehmlich aus wurgelosen Elementen, die man mit propagandistischen Methoden sehr leicht gewinnen könnte. Es sei aber die Gefahr gegeben, daß man diese

Professor Deycke bekennt.

Fortgang im Calmette-Prozess. — Der verhängnisvolle Irrtum.

Lübeck, 19. Oktober.

In der heutigen Verhandlung des Tuberkulose-Prozesses kam es zu einer überraschenden Aussage Professors Dr. Deyckes. Dr. Deycke, dem vom Vorsitzenden wegen seines gesundheitlichen Zustandes gestattet worden war, sich zu sehen, erhob sich, nachdem er sich vorher noch über die verschiedenen Fragen geäußert hatte, um auszusagen:

Ich möchte aufstehen, weil ich etwas sehr Ernstes zu sagen habe. Ich möchte auf eine Frage eingehen, die in der Freitag-Verhandlung bereits von Dr. Frey angeknüpft worden ist. Bei der Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck war ich der festen Überzeugung, daß das Calmette-Verfahren nicht nur unschädlich, sondern daß es nützlich sei.

Ich bekenne offen und frei, daß das ein wissenschaftlicher Irrtum gewesen ist.

Wenn man mich wegen dieses wissenschaftlichen Irrtums strafrechtlich belangen kann, so soll man mich verurteilen. Ich lehne keine Verantwortung und habe mich niemals vor irgendeiner Tat gefürchtet. Ich kenne keine Menschenfurcht. Ich kenne auch keine Furcht vor dem Tode. Ich stehe am Abend meines Lebens und habe während der anderthalb Jahre, die ich durchgemacht habe, gehofft, daß die Nacht über mich kommen möge, nicht weil ich hoffe, mich dadurch der Verantwortung zu entziehen, auch nicht, weil ich Furcht hatte vor den vielen Angriffen, die in der Öffentlichkeit gegen mich gerichtet worden sind, sondern weil ich vor allen Dingen vor dem Unglück, daß so viele Eltern betroffen hat, schwer erschüttert war, da mich der Gedanke dauernd gequält hat, daß dieses Unglück eingetreten ist, weil ich damals anderer Überzeugung war. Ich bin sonst ein rechtschaffener Mensch, aber ich habe die heilige Pflicht, mein Innerstes aufzuklären.

Für das was ich getan habe, stehe ich ein.

Ich habe mich seit Jahren bemüht, kranken Menschen und besonders den Tuberkulosekranken zu helfen. Deshalb bin ich tief erschüttert, daß gerade ich dieses Unglück herbeigerufen habe. Das mögen die Eltern, die ich tief beklage, mir zugutehalten. Wenn das Gericht dazu kommt, meinen Irrtum als Grundlage für eine Verurteilung anzusehen, so bitte ich, mich allein schuldig zu sprechen, aber nicht die anderen Angeklagten. Ich stehe allein für meinen wissenschaftlichen Irrtum ein.

Dieses Bekenntnis rief im Gerichtssaal die größte Bewegung hervor. Es währte Minuten, bis die Verhandlung fortgesetzt wurde. Im weiteren Verlauf äußerte sich Prof. Dr. Deycke über das Calmette-Verfahren an sich und schilderte dann, wie dieses Verfahren in Lübeck zur Einführung gekommen sei. Er erklärte, er hätte sich niemals an der Einführung des Verfahrens beteiligt, wenn nicht schon über 3000 Menschen geimpft gewesen seien. Er habe sich damals für verpflichtet gehalten, das Verfahren einzuführen, und die Überzeugung gehabt, daß nicht das geringste Risiko bestehe. Eingehend äußerte sich Dr. Deycke dann über die Anlage der Züchtungen in den Laboratorien und betonte, daß man die BCG-Kulturen streng von den anderen Tuberkulosekulturen getrennt habe. Wenn ihm vorgeworfen werde, er habe seinerzeit nach Ausdeutung des Unglücks in Lübeck die Kulturen vernichtet, so müsse er betonen, daß er **vielleicht instinktiv gehandelt** habe. Er habe sofort die Ausgabe des BCG. verboten.

Auf die Frage, weshalb man dann in der Folgezeit zunächst das Deycke-Muchschke Präparat abgegeben habe, erwidert er, man habe damit rechnen müssen, daß die Lübecker Feststellungen eine Panik in der Welt hervorrufen würden. Deshalb habe man zunächst das andere Präparat abgegeben, um festzustellen, was wirklich in Lübeck geschehen sei.

Die Verhandlung wurde auf Dienstag verlegt.

Direktor Wädje erklärte, daß die Anregung dieser Transaktion von ihm und Professor Hirsch ausgegangen sei. Dumde habe ihm erklärt, es sei im Konzern der Favag üblich, daß besonders verdiente Herren Extraverergütungen erhielten. Außerdem habe ihm Dumde schon bei den Vorverhandlungen eine besondere Vergütung zugesprochen. Das Geschäft wurde von Dumde als das beste Geschäft der Favag bezeichnet, da

die Favag für 60 Proz. Aktien der Vereinigten Berlin-Preussischen Leinwandfabrik nur 411 Dollar (rund 1500 Goldmark) bezahlt und jetzt allein für 25 Proz. 2 Millionen Mark erhalten habe.

Die Darstellung der Favag über diese Transaktion an ihren Aufsichtsrat wird von Wädje als falsch bezeichnet, weswegen bekanntlich auch die Anklage den Standpunkt vertritt, daß sich Becker und Dumde nicht nur der Untreue, sondern auch des Betruges schuldig gemacht haben.

Bei der weiteren Verhandlung drehte sich die Frage immer wieder darum, ob der Vorstand sich berechtigt hielt, außer seinem Gehalt und Tantiemen noch Sondervergütungen zu nehmen. Die Vernehmung von Lindner erbringt das gleiche Bild wie bei Schumacher. Auch er will nichts von den 400 000 M. gewußt haben und die Sondervergütung als Ersatz für die schlechte Bezahlung während der Inflationszeit betrachtet haben. Der Staatsanwalt warf die Frage auf, ob auch den Angeklagten nachträglich eine Entschädigung für die geringe Bezahlung in der Inflationszeit gewährt worden sei. Schumacher erklärte, daß die Angeklagten sich ihre Gehälter selbst geregelt hätten, nämlich durch ihre Tarifverträge. Der Vorsitzende betonte demgegenüber, daß dies nur eine Angleichung an die neu geschaffene Lage, aber keineswegs eine Vergütung für die vorherige schlechte Bezahlung sein konnte.

Der Revisor auf Kneiptour.

Erbauliches von einem Sachverständigen im Sklarek-Prozess

Im Sklarek-Prozess gehörte gestern das Hauptinteresse dem „Sachverständigen“ Schöttler. Dieser Stadtsamrat, der als Beamter der Hauptprüfungsstelle die Aufgabe hatte, die Revision bei der BZG. durchzuführen, entpuppte sich als recht eigenartige Persönlichkeit.

Inmitten der Bilanzprüfungzeit hielt es Herr Schöttler für möglich, mit dem Direktor der BZG. Kieburg, dessen Tätigkeit seine Revision galt, auf Kneiptouren zu gehen. Man suchte vornehme Lokale auf und trank Sekt. Natürlich bezahlte Kieburg. Die Folge davon war aber, daß die von Herrn Schöttler ordnungsgemäß aufgestellte Bilanz der BZG. vom nächsten Revisionsbeamten als falsch befunden wurde. So wies sie u. a. den Keinen Rechenfehler von 559 000 M. auf. Revisor Schöttler bekam aber auch von Kieburg Stoffe und Anzüge zu den billigsten Preisen. Auch andere Beamte bekamen Stoffe und Kleider zu denselben Preisen. Für den Einfluß, den Kieburg hatte, ist charakteristisch, daß er es verstanden hat, eine Verfügung vom Obermagistratsrat Köppen zu erlangen, wonach bei den Beanstandungen der Revisoren sie vorerst verstanden sollten, mit ihm eine Verständigung zu erzielen. Zu Schöttler sagte er eines Tages: Sie haben gar kein Herz für mich. Sie machen mir so große Schwierigkeiten. Dieser Ausspruch soll Schöttler gemüßert haben. Der Eindruck, den die Staatsanwaltschaft von diesem ihrem Sachverständigen nach all dem hatte, war derart erschütternd, daß der Oberstaatsanwalt Steinacker seine Vernehmung als Sachverständigen zurückzustellen hat und seine Befundungen nur als eines sachverständigen Zeugen bewertet haben wollte.

Einer gewissen Tragikomik entbehrt nicht die Erörterung des Nachtragsberichts zur Bilanz vom 31. März 1930. Dieser Bericht war von Magistratsrat Saebel und den Obermagistratsräten Schalkbach und Rascher unterschrieben. Es hieß darin, daß Kieburg in der Bilanz vom 31. März 1930 Bestände der BZG. auf-

Fettleibe bei der Favag.

Außer Gehältern und Tantiemen noch Sondervergütungen.

Frankfurt a. M., 19. Oktober.

Am zweiten Verhandlungstag im Favag-Prozess wird in die Erörterung über die Aktienverkäufe an die Röchlingbank eingetreten und Generaldirektor Wädje vernommen. Dabei stellt sich heraus, daß alle diese Herrschaften offenbar nicht einen Finger unwohl gerührt haben. Wenn aber Angestellte und Arbeiter sich um Innehaltung der Arbeitszeit und Bezahlung von Ueberstunden kämpfen, dann wird ihnen mit insamem Hohn begegnet.

Herr Wädje erklärt folgendes: Am 26. August 1924 wurden von der Favag an die Gebrüder-Röchling-Bank verkauft: 2000 Stück oder nominell 800 000 M. Vereinigte Berlinische-Lebensversicherungsgesellschaft, 1250 Stück oder nominell 375 000 M. Berliner Allgemeine Versicherungsgesellschaft und 250 Stück oder nominell 75 000 M. Berlin-Frankfurter Allgemeine Versicherungsgesellschaft zu einem vereinbarten Betrage von 2 Millionen Mark, abzüglich 30 000 M. Börsenumsatzsteuer. Statt 1,97 Millionen Mark erhielt jedoch die Favag nur 1,47 Millionen Mark ausgezahlt. Durch die Genehmigung des Aufsichtsratsvorsitzenden Hoff sind für die Berliner

Bermittler 400 000 M. Provision bewilligt worden. Dieser Betrag wurde mit 380 000 M. an Dumde, Becker und Wädje aufgeteilt. Staatssekretär Professor Dr. Hirsch erhielt für seine Vermittlungstätigkeit als Vertrauensmann vom Michael-Konzern 20 000 M. Außer den erwähnten 400 000 M. wurden vom Aufsichtsrat als Sondervergütung noch 100 000 M. aus diesem Geschäft bewilligt, von denen Becker 30 000 M., Dumde 25 000 M. und Lindner und Schumacher je 22 000 M. erhielten. Schumacher behauptet, von den übrigen 400 000 M. nichts gewußt zu haben. Der Staatsanwalt erklärte, daß zu der gleichen Zeit, als die Verteilung der hohen Vergütung erfolgte, die Favag einen Seetransportschaden von 1,8 Millionen Mark zu begleichen hatte. Der Angeklagte Schumacher gab die Möglichkeit zu, daß ihm, als er die Vergütung bekam, dieser Schadensfall schon bekannt war. Der Vorsitzende verwies darauf, daß um die gleiche Zeit noch andere Vergütungen gegeben wurden. Es sei Pflicht der Vorstandsmitglieder gewesen, für den Konzern auch vergütungslos tätig zu sein. Schumacher sagte weiter aus, daß der gesamte Aufsichtsrat die Vergütungen bewilligt habe. General-



„Und wirst du keine Angst haben, so allein in der Nacht da oben zu sitzen?“ — „Da bin ich nicht allein“, antwortete der Bruder, „sondern Kameraden und Gleichgesinnte werden bei mir sein.“ Aber Germaine schüttelte entschieden den Kopf. „Rein, Dolf, daheim ist es entschieden viel schöner. Ich gehe nicht fort von daheim.“ Der Bruder sah mit einem seltsamen Blick in die treuherzigen Augen, die so vertrauensvoll in die feinen blickten, und es schien, als wollte er etwas erwidern. Aber die Worte blieben unausgesprochen. Langsam stand er auf und spannte sich wieder vor den Schritten. Dann fuhr er das Kind die letzte Strecke des Weges nach Hause.

Das kleine Landhaus der Familie Lorient stand ganz am Ende der Stadt auf einer kleinen Anhöhe. Durch einen gepflegten Garten schritten die Kinder dem Eingang zu. Frau Lorient stand wartend an der Türe und winkte den Geschwister zu. Sie sah in dieser Haltung dem Sohn noch ähnlicher als sonst. „Vater hat schon nach euch gefragt“, sagte sie mit einer halbblauen, dunklen Stimme. Und zu dem Sohn gewandt, fügte sie leise hinzu: „Sage, du leistest fertig mit deinen Schularbeiten, wenn er fragen sollte.“ Germaine war inzwischen ins Haus geschlüpft und kam jetzt wieder mit einem kleinen weißen Kaninchen im Arm zum Vorschein. „Müsi hat um vier Uhr keine Milch bekommen“, sagte sie vorwurfsvoll zur Mutter. „Müsi muß verhungern.“ Das wohlgenährte, behaglich in den Arm des Kindes geschmiegte Tier aber sprang plötzlich, wie um selbst gegen diese Behauptung zu protestieren, zur Erde. Germaine erhaschte es geschwind, packte es geschickt an den Vorderpfoten und tanzte mit ihm im Flur herum. Lächelnd sah Mutter und Sohn dem Schauspiel zu. Da öffnete sich eine Zimmertür. Eine schmale, mittelgroße Männergestalt trat heraus und streifte die kleine Gruppe mit einem spöttischen Blick. „Ach, das ist mal eine schöne, rührende Familienszene“, zitierte er mit etwas fremdartiger Betonung. „Doch Germaine sich mit dem Tier amüsiert, ist ja begreiflich. Aber daß auch die gnädige

Frau und der Herr Sohn so außergewöhnlich interessiert sind... Ich wäre ja nun allerdings sehr dankbar, wenn ich eine Tasse Tee bekommen könnte, denn ich habe um 6 Uhr Probe. Aber ich möchte die Herrin des Hauses natürlich nicht bemühen.“

Frau Lorient war bleich geworden. Aber sofort hatte sie sich wieder in der Gewalt. „Du sollst sofort bedient werden, André“, sagte sie ruhig und wandte sich zur Küche. Der Sohn, der erst eine Bewegung machte, als wenn er der Mutter folgen wolle, wandte sich zum Vater und öffnete dem Voranschreitenden höflich die Tür zu der gedeckten Glasveranda, in der meist der Tee eingenommen wurde. Herr Lorient war heute schlechter Laune. Hastig zündete er sich eine Zigarette an und schritt in dem blumengeschmückten Raum auf und ab. Dann blieb er vor dem Sohn stehen. „Na, wie gehts Euer Gnaden? Denn so muß ich wohl fragen, da ich selten das Vergnügen habe, meinen Herrn Sohn zu sehen. Schularbeiten fertig, wie? Allerdings — mir könnte es ja gleich sein — meinermwegen kannst du Schuster oder Schneider werden, ich habe keinen Familienehrgeiz.“

„Ich bin nahezu fertig mit den Arbeiten, Vater“, erwiderte der Junge leise. „Und heute früh hatte ich die beste Mathematikarbeit“, sagte er mit schüchternem Lächeln hinzu.

Das Gesicht des Mannes verwandelte sich jäh. Es wirkte fast kindlich in seiner naiven Freude und erinnerte stark an den Gesichtsausdruck des kleinen Mädchens.

„Wirklich“, sagte er freudig überrascht. „Junge, Dolfchen, das ist eine Freude, eine große Freude für mich.“ Die vordem etwas harte Stimme klang warm und gerührt. „Hier, mein Junge“, er drückte ihm etwas in die Hand, „das tu in deine Sparschneise oder kaufe dir Bücher oder sonst etwas, das dir Spaß macht.“

„Schon gut, schon gut“, meinte er ab, als der Sohn auf ihn trat, um ihm zu danken.

Er drückte den Jungen auf das behagliche Sofa und setzte sich ihm gegenüber. „Sieh mal, Dolf“, sagte er fast entschuldigend, „du mußt mich recht verstehen. Ich eigne mich zu allem anderen besser als zu einem Büttel, und an sich ist es mir völlig gleichgültig, wie du dich mit deinen Schularbeiten stellst und welche Zeugnisse du nach Hause bringst. Aber wir leben nun mal in dieser Spießerstadt, in der nahezu jeder den anderen kennt, und ich bin vom Schicksal dazu verurteilt, den Vater zu spielen. Hier läuft mir ein Herr Studienrat in den Weg, dort lauert mir ein Affessorchen auf, um mir zu verkünden, daß du bei deinen glänzenden Fähigkeiten, die ihr

Sohn zweifellos von seinem genialen Herrn Papa geerbt hat“, Lorient ahnte boshaft eine naive Spredweise nach, weit-aus der beste Schüler nicht nur deiner Klasse, sondern der ganzen Anstalt sein könntest. Aber „ihr Sohn träumt manche Lage, er ist vergeblich und sprunghaft in seinen Leistungen, ich glaube, Herr Professor, Sie sollten einmal ein Vaterwort mit ihm sprechen!“ Ja, ein Vaterwort soll ich also mit dir sprechen, Dolf!“ Herr Lorient lachte wütend. „Sieh mal, mein Junge, so geht das alle paar Tage, sobald mir ein solcher Idiot in den Weg läuft. Du kannst dir denken, daß mir das zum Hals heraushängt, dieser ewige Appell an mein „Vaterwort“ — wie? Ich tue ja wahrhaftig alles, was man für seine Kinder, wenn man in Gottes Namen welche hat, tun kann. Du kannst dir Bücher kaufen, alles, was du willst, steht dir frei, nur um eins bitte ich dich! Ja, mein Junge“, Herr Lorient faltete ironisch lächelnd die Hände, „ich bitte dich mit geringeren Händen! Halte mir diese Schulmeister vom Halbe. Mir liegt diese Vaterrolle nicht, ich kann nicht den ganzen Tag von Entwicklungsfragen und ihren Gefahren, von Erziehungsproblemen und Vaterpflichten hören. Ich brauche Sammlung und Ruhe für mich selbst, für meine Musik, für meinen inneren Menschen. Ich habe sie vielleicht nie so nötig gehabt, wie gerade jetzt...“ er brach ab und sah den Sohn mit einem verzweifelt, unsicheren Blick an. Der schaute mit seinen dunklen Augen den Vater voll an.

„Ich verstehe alles, was du sagst, Vater“, erwiderte er leise, „und ich bitte dich, mir zu glauben, daß ich alles tun werde, damit dich die Lehrer zufrieden lassen. Aber, ich weiß selbst nicht, was das ist, manche Tage ist mir, als sei mir jedes Gedächtnis entschwunden, und ich habe dann diesen seltsamen Druck im Hinterkopf, wie jetzt wieder.“

Sequält strich er sich über das Haar. Er schwieg, denn das Mädchen trat mit dem Tee ins Zimmer, und Frau Lorient, die hinter ihr eingetreten war, deckte rasch und geräuschlos den Tisch.

„Die Ärzte sind genau solche Misten wie die Schulmeister“, sagte Lorient endlich, „nun haben wir dich schon zweimal untersucht lassen, und keiner hat etwas gefunden. Sie sagen, das sei die Pubertätszeit und das Klima und eine nervöse Veranlagung und wer weiß was. Und Doktor Horber, der als der beste Nervenarzt hier gepriesen wird, sagte mir vor ein paar Tagen sogar, das sei alles bloß Verstellung und Bequemlichkeit von dir. Sein Bengel sei genau so, der schübe auch immer Kopfweh vor, wenn er arbeiten sollte. Aber in den Ferien, da ist er gesund.“ (Fortsetzung folgt.)

Strecker schwer bestraft.

Brandstiftung wegen der Versicherungssumme.

Der 70jährige Schriftsteller und Major a. D. Dr. Karl Strecker verantwortete sich gestern vor dem Potsdamer Landgericht wegen Brandstiftung. Motiv: Versicherungsbetrag. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Hartung. Dem Angeklagten standen zur Seite der Syndikus des Schuerverbandes deutscher Schriftsteller, Rechtsanwalt Dr. Rier, und der Syndikus des Verbandes deutscher Erzähler, Rechtsanwalt Dr. Goldbaum.

Jahrelanger Theaterkritiker eines rechtsliegenden Blattes war er von Jugend auf von literarischen Erfolgen begleitet. Seine Romane „Rufe aus dem Dunkeln“ und „Der Weg durchs Addermoor“ wurden viel gelesen. Gerade diese beiden in gewisser Hinsicht auch biographischen Werke liefern vielleicht einen Schlüssel zur unbegreiflichen Tat. Karl Strecker schildert hier mit großem Behagen kriminelle Tatbestände, spinnt sie phantastisch aus, dichtet einem seiner beiden verbrecherischen Treiben aus reiner Abenteuerlust an und sagt ein anderes Mal bei der Darstellung einer Promanin (Feuerfuchtigen), „Feuer wäscht besser als Wasser“. Verbrechen und Sühne hören für ihn nun auf, bloß theoretische Probleme zu sein.

Die Brandstiftung in der Strecker'schen Villa am Donnerstag, dem 27. August, in Klein-Rachnow, ist noch in Erinnerung. Der Portier spürte einen Brandgeruch und alarmierte die Feuerwehr. Das Schlafzimmer der Villa hatte bereits Feuer gefangen, eine Zündschnur zog sich durch sämtliche Räume, in den Betten waren Benzinflaschen verborgen, auch im Keller befand sich Benzin, überall lagen Häufchen von Schwarzpulver, in die Wand waren Löcher geschlagen, in denen Pechfäden staken. Wäre der Brand gelungen, das ganze Haus wäre eingestürzt worden. Wer war aber Urheber der Brandstiftung? Dr. Strecker befand sich mit seiner Frau am Bodensee, er schien außer Verdacht, man vermutete einen Raubakt. Die Nachforschungen zeigten ein überraschendes Ergebnis. Dr. Strecker befand sich nicht am Bodensee, sondern in Weimar; er war ein paar Nächte aus seinem Hotel abwesend, hatte sich auch nicht ganz unbedächtig am Abend vor der Tat benommen, man fand in seinem Hotelzimmer Reste von Schwarzpulver.

Karl Strecker, eine hohe, massive Gestalt, macht durchaus nicht den Eindruck eines Siebzigjährigen. Erst seine greisenhafte Ent-

zu sprechen und seine zitternde Stimme verraten, daß der Jersaprazeh in ihm bereits weit fortgeschritten ist. Auch seine Verteidigung zeigt etwas Kindliches und Krittikloses. Hatte er in der Brandstiftung seine Phantasiegebilde zur Wirklichkeit gestaltet, so versucht er nun, die bittere Wirklichkeit in Phantasie umzuwandeln; er gaukelt dem Gericht vor, als habe er seine Tat nicht bloß um der Versicherungssumme willen begangen, sondern auch, um sich des Ergebnisses seines Verbrechens mit allen Folgen zu einem Romanstoff zu bedienen. Tatsächlich hat er im Gefängnis bereits 158 Seiten dieses neuen Romans fertiggestellt. Während der Inflation verlor Strecker gleich vielen anderen sein Vermögen, die Hoffnung, die er auf seinen letzten Roman setzte, wurde zerschanden, er stand da mit 5000 bis 6000 Mark Schulden, machte sich schwere Gedanken über seine Zukunft und über die Zukunft seiner 13 Jahre jüngeren Frau und trug sich mit Selbstmordgedanken, als ihm eines Tages eine „rettende Idee“ kam. Die Hausangestellte hatte in dem Ofen der Zentralheizung einen Ohrring verbrennen lassen, er holte die auf 50000 Mark lautende Versicherungspolice hervor, um nachzuschauen, ob nicht eine Entschädigung möglich wäre, und so entstand in ihm zum erstenmal der Gedanke, die Prämien, die er seit 22 Jahren ohne Gegenleistung bezahlt hatte, für sich wieder flüssig zu machen: die reiche Gesellschaft würde den Schaden tragen können. Seitdem kam er von diesem Gedanken nicht mehr los. Nach einer Mittelohroperation vor sechs Jahren will er auch immer ein Flüstern und sogar geheimnisvolle Stimmen gehört haben. Eine Stimme sagte ihm: „Tu es, das ist deine Rettung,“ eine andere flüsterte ihm zu: „Es geht nicht“ und so fort.

Die Darstellung des Angeklagten macht mißunter einen recht wirren Eindruck, Wahrheit und Dichtung waren darin durcheinandergemengt.

Die Sachverständigen Dr. Leppmann und Dr. Schlegel wollten den § 51 für den Angeklagten nicht gelten lassen. Eine geistige Schwäche sei nicht zu leugnen, sie genüge aber nicht, um von einer krankhaften Störung der Geistestätigkeit zu sprechen. Das Gericht verurteilte Strecker zu 1 Jahr Zuchthaus und hob den Haftbefehl auf. Dr. Leppmann hatte ihn nach einem kurz vor der Urteilserklärung erlittenen schweren Ohnmachtsanfall für haftunfähig erklärt.

Die Katastrophe von Herne.

Fünf Schwerverletzte in ernstester Lebensgefahr.

Herne, 19. Oktober.

Unter den 27. Verletzten befinden sich fünf Schwerverletzte, die wahrscheinlich nicht mit dem Leben davonkommen werden. Die Toten, die sich in der Reichenhalle des Böniger Krankenhauses befinden, sind noch nicht identifiziert. Die Verletzten befinden sich zum Teil im Böniger Krankenhaus, zum Teil im Bergmannsheil in Bochum. Wenn auch die Ursache des Unglücks noch nicht festgestellt, so kann doch schon jetzt gesagt werden, daß es sich wahrscheinlich um eine Schlagwetterexplosion handelt.

Die Nachrichten von dem Unglück auf Zeche Mont Cenis verbreiteten sich gegen 9 Uhr vormittags röh. Die Straßen zur Zeche und der Zecheneingang waren in kurzer Zeit von Menschen dicht umfüllt, die besorgt das Ausfahren der Sanitätswagen, die die Opfer der Katastrophe fortschickten, beobachteten. Auf dem Zechenplatz arbeiteten die Rettungsmannschaften mit aller Energie. Ein Opfer nach dem anderen, verbrannt und mit schweren Wunden, wird von den Helfern zutage gebracht.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Minister für Handel und Gewerbe der Gemerktschaft und der Betriebsvertretung der Zeche Mont Cenis im Namen der Staatsregierung telegraphisch das herzlichste Beileid zu dem schweren Grubenunglück ausgesprochen.

Arbeiter bauen.

Bauen und Siedeln sind heisse Dinge, bei denen schon viel daneben gelungen ist. Um so erfreulicher ist es, wenn es kleine Genossenschaften gibt, die mit Erfolg arbeiten und Vorbildliches leisten können. So hat der Arbeiter-Bauverein Potsdam e. B. m. b. H. seit dem Beginn seiner Tätigkeit im Jahre 1903 trotz Krieg und Inflation für seine Mitglieder bisher 273 Wohnungen geschaffen. Die ersten dieser Bauten wurden von 1906 bis 1912 in der Leipziger und Templiner Straße am Fuße des weithin ragenden Brauhausberges in der Kolonie Cecilienhöhe und in der Zepelinstraße errichtet. Jetzt zeigt der Verein neue, den modernsten Anforderungen entsprechende Siedlungshäuser, die terrassenförmig in der auf die Templiner Straße mündende Pantowstraße gebaut wurden. Zum ersten Male wurde östlich der Elbe der rheinische Leichte m e n t s c h w e m i s e i n verwendet, der witterbeständig, luftdurchlässig und billig ist. Er brachte eine Ersparnis von 1 M. je Kubikmeter umbauten Raumes, was bei

der ganzen Siedlung eine Ersparnis von 16000 M. ergab. Die Häuser wurden mit Leichten, aber ebenfalls witterbeständigen Abfesterplatten abgedeckt. Dadurch konnte die Dachkonstruktion leicht und billig gehalten werden. Die Wohnungen sind hell, sonnig, freundlich. Die Küchen wurden klein, aber sehr zweckmäßig, vorbildlich gestaltet. Jede Wohnung ist selbstverständlich mit Bodenraum und Warmwasserspeichern ausgestattet. Ein Kubikmeter umbauten Raumes kam bei solidester Ausführung auf 25,50 M. Die Mieten betragen für eine Dreizimmerwohnung 53 M., für eine Zweizimmerwohnung 41 M. und für eine Ankerholzzimmerwohnung 32 M. Das sind Mieten, die mancher Inhaber einer Neubauswohnung gerne zahlen würde, liegen sie doch um mehr als die Hälfte unter den Preisen, die vielfach gefordert werden und die bewirken, daß so viele Wohnungen leer stehen, so daß die ganze Bautätigkeit zwecklos war.

Wieder Feuerüberfall auf ein Lokal.

In der Schillingstr. 13 wurde gestern, ähnlich wie vor acht Tagen in der Richardstraße in Neukölln, auf ein Verkehrslokal der Hakenkreuzler ein Feuerüberfall verübt. Zwei Burshen erschienen um 22.45 Uhr auf der gegenüberliegenden Straßenseite und feuerten eine Reihe von Schüssen in das Lokal. Ein 23 Jahre alter Nationalsozialist Emil Thomawahl wurde durch Arm- und Oberschenkelwunden schwer verletzt. Die beiden Täter wurden von einer Schupstrelife, die zufällig in einem Hauskur in der Nähe des Lokals stand, festgenommen. Außer zwei Pistolen wurde in ihren Taschen noch scharfe Munition gefunden.

Drei Fischer im Sturm ertrunken.

Bei dem heftigen Nordweststurm am Sonntag, der in der Zinnowitzer Bucht herrschte, schlug in der Brandung, ungefähr 50 Meter vom Strande entfernt, ein mit drei Fischern besetztes Boot um. Die Anfahren, der 68 Jahre alte Fischer Karl Hüfeler und die beiden 20 Jahre alten Fischer Krüger, sämtliche aus Zinnowitz, ertranken. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Eine große öffentliche Kundgebung für die Einheit der Arbeiterklasse und ihre Erziehungsbewegung veranstalteten die Kinderfreunde heute, Dienstag, den 20. Oktober, 20 Uhr, in der Schulaula Sonnenburger Str. 20. Redner: Dr. Kurt Löwenstein. Eltern, Jugendliche und Helfer der Berliner Gruppen werden zur regen Teilnahme aufgefordert.

Marxistischer Arbeitskreis. Der Marxistische Arbeitskreis in der Deutschen Hochschule für Politik beginnt seine Winterveranstaltungen am Freitag, dem 6. November, 20.15 Uhr. Das Thema des diesjährigen Winterkurses ist „Gegenwartige Fragen der Wirtschaftspolitik“. Zeitungs: Dr. W. Hoff und Dr. W. Minnigk. Teilnahme kostenlos, jedoch vorherige Anmeldung nach Möglichkeit erbeten.

genommen hatte, die Eigentum der BVO. waren. So ergab sich ein Mehr an Werten im Werte von 500 000 M. Natürlich hatte Stadtrat Gabel das alles hingenommen, da er damals Kieburg noch blind vertraute. Kieburg war allmächtig; in den Magistratskreisen soll nach der Behauptung des Rechtsanwalts Dr. Rüböl die Nebenart allgemein gewesen sein: Mit Gott für König und Kieburg.

Amüßant ist übrigens noch ein anderer Betrugskomplott, der zur Sprache kommt. Die Elarets hatten bei der Liebernahme der BVO. auch Restlager von 3000 bis 4000 Anzüge übernommen. Sie wurden dafür auf 202 000 M. belastet. Elarets erklärten aber später, sie hätten die Anzüge Kieburg für seine BVO. bloß kommissionsweise überlassen, damit er Fehlmengen in der Inventur verdecken könne. Sie buchten deshalb die Postschrift ab und übertrugen die 202 000 M. auf ein neuangelegtes Separatkonto von Billi Elarek. Dieser Betrag wurde aber schließlich als widerrechtliche Buchung aus dem Separatkonto ausgebucht.

Matuschka und Jüterbog.

Eine amtliche Veröffentlichung des Polizeipräsidentiums.

Auch die Berliner Untersuchungskommission ist jetzt mit ihren Nachforschungen über die Einzelheiten des Eisenbahnattentates bei Jüterbog zu einem gewissen Abschluß gelangt. In Verbindung mit dem aus Wien übermittelten amtlichen Material und den von Berliner Kriminalisten angestellten Untersuchungen gibt die Berliner Kriminalpolizei auf Grund der Feststellungen und einer heute abend im Polizeipräsidentium vorgenommenen Konferenz bekannt:

Für die Berliner Untersuchungskommission des Jüterboger Attentates war die wichtigste Arbeit in den letzten Tagen die Prüfung der einzelnen Angaben im Geständnis des Eisenbahnattentaters Matuschka. M. hatte angegeben, daß er im April in einem Hotel am Anhalter Bahnhof gewohnt habe. Es war bisher nicht möglich, das Hotel zu ermitteln. Alle Anfragen verliefen ergebnislos. Das Personal konnte sich an M. nicht erinnern. Das erscheint auch erklärlich, da besonders in den Hotels in der Umgebung des Anhalter Bahnhofes ein sehr starker Wechsel herrscht. Einen großen Erfolg hat die Polizei allerdings mit der Ermittlung zu verzeichnen, wo sich Matuschka am 17. April in einem Installationsgeschäft einen Schweißapparat ließ. Nach seinen Angaben war M. mit dem Apparat und einem Fahrrad nach Jüterbog gefahren und hatte geplant, die Eisenbahnschienen zu zerstören. Diesen Gedanken hatte er aber wieder aufgegeben, als er bei einem Besuch an Ort und Stelle sich Brandverletzungen am Bein zuzog. Nach zwei Tagen kehrte er nach Berlin zurück und gab den Schweißapparat zurück.

Die Rechnungen darüber und ebenso die Quittung Matuschkas über die Ablieferung liegen vor.

Daß der Apparat in Betrieb gewesen war, zeigte eine verstopfte Düse sowie starker Schladenansatz. Einem der Verkäufer war aufgefallen, wie wenig sachmännlich der Kunde war. M. erklärte, offenbar, um keinen Verdacht zu erwecken, daß er den Schweißapparat für seinen Kompagnon benötige. Die Unterschrift auf der Quittung zeigt sofort die Ähnlichkeit mit der Schrift Matuschkas. Weiter ist jetzt festgestellt worden, daß der Attentäter im April mit dem Fahrrad nach Jüterbog gefahren ist. Den Schweißapparat hatte er in einem Koffer, M. wohnte in Jüterbog in einem Hotel am Bahnhof. Als einer der Hotelangestellten zufällig unangemeldet das Zimmer betrat, sah er, wie M. gerade ein Fußbad nahm und mit Verbandzeug hantierte. Es besteht jetzt kein Zweifel mehr, daß M. sich bei dem ersten Attentatsversuch tatsächlich Brandverletzungen zugezogen und aus diesem Grund von der weiteren Ausführung des geplanten Verbrechens Abstand genommen hat.

Weiter ergibt sich daraus, daß Matuschkas Geständnis auch insofern richtig ist, als er für das Jüterboger Attentat als alleiniger Täter in Frage kommt.

Auch seine Angaben über das gelungene Attentat im August scheinen im wesentlichen der Wahrheit zu entsprechen. Nach dem Anschlag will er sofort nach dem Attentat von Jüterbog zu Fuß nach Berlin gelaufen sein. Seine Zeitangaben sind nachgeprüft worden. Dieser nächtliche Fußmarsch ist danach ebenfalls als glaubwürdig anzusehen.

Die Frage der Auslieferung.

Wien, 19. Oktober.

Die Blätter erörtern die gesetzlichen Bestimmungen, denen zufolge bei Matuschka als dem Verübter des Eisenbahnanschlages von Anzbach zunächst in Oesterreich gegen ihn das Verfabren wegen Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit geführt werde. Die Frage der Auslieferung werde zwar bereits in der nächsten Zeit vom Landesgericht entschieden werden. Doch komme die Durchführung dieses Verfahrens erst nach Verbüßung der vom österreichischen Gericht über Matuschka verhängten Strafe in Betracht. Ungarn werde bei der Auslieferung den Vorzug vor Deutschland erhalten, da Matuschka ungarischer Staatsbürger ist. Die österreichischen Behörden werden aber in einem solchen Fall nach internationaler Vereinbarung an die Auslieferung die Bedingung knüpfen, daß die Todesstrafe an Matuschka nicht vollzogen werden darf, da das österreichische Gesetz, unter dessen Hoheit Matuschka verhaftet wurde, diese nicht kennt.

Morgenseiern der Freidenker.

Niemand sehnt sich so sehr nach Ablenkung von seinen Sorgen um Leib und Seele wie gerade die alten Frauen und Männer, die im Hospital Obdach finden. Der Gedanke der Berliner Freidenker, diese Volksgenossen durch einen Besuch am Sonntagmorgen zu erfreuen, muß deshalb besonders glücklich genannt werden. Unsere Freunde von den Freidenkern dienen dadurch dem Wohlbedanden der Alten, sie dienen aber in humanitärem Rahmen ebenso sehr auch der großen Idee der Geistesfreiheit durch die Darbietungen, die sie den Kranken bringen. Am vergangenen Sonntag haben die Berliner Freidenker das Friedrich-Wilhelm-Hospital in der Pallasadenstraße besucht. Ein anderer Besuch galt dem Hufeland-Hospital in der Prenzlauer Allee. Herzliche Begrüßungsworte richtete der Genosse Arthur Richter-Lichtenberg an die Alten. Ein treffliches Lergelt des Deutschen Kuffikerbundes und das überall mit Freude gehörte Doppelquartett des Deutschen Freidenkerverbandes Berlin gaben den Feiern die schöne künstlerische Wirkung. Heiterkeit und Ernst waren von den vorragenden Künstlern zu ausgezeichnetem Zusammenklängen vereint und die freudig bewegten alten Leute dankten herzlich für die schönen Darbietungen. Besonders groß war die Freude, als Genosse Fritz Schmidt-Pantow weitere Morgenseiern ankündigte. Solche Morgenseiern können wahrlich nicht herzlich genug begrüßt werden, das zeigten die frohen Gesichter der Hörer.

Auch die Direktoren der beiden Hospitäler haben sich am Zustandekommen dieser schönen Feiern mit erfreulichem Entgegenkommen beteiligt.

Die Medaille der Reichsregierung wird - Kathreiner verliehen!

Die 2. Internationale Hygieneausstellung in Dresden hat eben ihre Pforten geschlossen. Vieles Neu, Wunderbare hat die Wissenschaft und die Industrie uns gezeigt - sehr vieles...

Die höchste Auszeichnung aber, die Medaille der Reichsregierung, wurde Kathreiner verliehen, unserm guten alten Kneipp-Malz-Kaffee. Wie hätte sich Kneipp darüber gefreut - der Erfinder des Kathreiner, der unvergeßliche Vorkämpfer der modernen Ernährungslehre...

Stützt Frankreich den Dollar?

Das finanzielle Weltbeben und Amerika.

Die zweifache Diskonthöhung der New-Yorker Notenbank von 1½ auf 3½ Proz. innerhalb einer Woche ließ keinen Zweifel mehr darüber aufkommen, daß der Schwerpunkt der internationalen Finanzkrise sich nach den Vereinigten Staaten verlagert hat.

Seit dem Tage, wo die Bank von England den Goldstandard aushub, und die einziehende Entwertung des englischen Pfundes den ausländischen Notenbanken als Besitzern von Pfunddevisen empfindliche Verluste zufügte, ist der Dollar von zwei Seiten zugleich angegriffen worden. Der erste Angriff kam vom Auslande her. Die Vorgänge in England hatten das Vertrauen zu den Golddevisen erheblich erschüttert, und so fehlte

in größtem Umfange eine Umwandlung von Golddevisen in Gold

ein. Die Folge war, daß die Golddepots ausländischer Notenbanken bei den amerikanischen Federal Reserve Banks seit dem 21. September von 85 auf 485 Millionen Dollar, also um 1,68 Milliarden Goldmark stiegen. Zugleich erforderten die direkten Verschiffungen von Gold aus den Vereinigten Staaten nach dem Auslande 250 Millionen Dollar, also mehr als 1 Milliarde Mark. Dieser Umfang von Dollarverkäufen gegen Gold zeigt deutlicher als alles andere, wie stark die Welle des Mißtrauens gegen den Dollar ist.

Auf der anderen Seite haben die zahlreichen Bankzusammenbrüche in den Vereinigten Staaten unter dem Publikum eine Panikstimmung hervorgerufen, die zu einer gewaltigen Geldhamsterei geführt hat. Um nur ein Beispiel zu nennen, verlor die Chase National Bank, eine der führenden Großbanken in USA, durch Abhebungen des Publikums im Laufe dieses Jahres 400 Millionen von ihren Einlagen.

Diese Bargeldhamsterei hat zugleich zu einer unnatürlichen Aufblähung des Notenumlaufs geführt, der in den letzten sechs Monaten von 1,44 auf 2,32 Milliarden Dollar gestiegen ist.

Ende September war der Notenumlauf in den Vereinigten Staaten um rund 950 Millionen Dollar, also fast 4 Milliarden Mark, höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres, was ein ganz unnatürlicher Zustand ist, da die Verschärfung der Wirtschaftskrise inzwischen den Warenumschlag wesentlich gedrosselt hat.

Wenn auch im Hinblick auf die Goldvorräte der Vereinigten Staaten eine unmittelbare Gefährdung der amerikanischen Währung noch nicht zur Debatte steht, so mußte eine Fortsetzung der stürmischen

Goldabzüge aus den USA. doch schwerwiegende Folgen für die Notenbanken und auch die amerikanischen Privatbanken zeitigen.

Den Schlüssel zur Situation hält Frankreich in der Hand, dessen kurzfristige Dollarguthaben allein einen Wert von 2,4 Milliarden Goldmark darstellen.

Die Reise des Vizegouverneurs der Bank von Frankreich, Fornier, und des Herrn Lacour-Gayet vom französischen Finanzministerium nach Washington ließ also keinen Zweifel darüber aufkommen, daß der Zweck dieser Reise die Klarstellung der französisch-amerikanischen Kreditbeziehungen war.

Nach New-Yorker Meldungen, deren Bestätigung allerdings noch aussteht, haben die Verhandlungen das Ergebnis gehabt, daß die Bank von Frankreich bereit ist, 200 Millionen Dollar Guthaben bei der New-Yorker Bundesbank zuzulassen. Dagegen stellt die Bank von Frankreich die Bedingung, daß die New-Yorker Notenbank einen Garantiefonds von 200 Millionen Dollar in Gold für diese französischen Guthaben reserviert, so daß also jedes Risiko für die Bank von Frankreich ausgeschlossen ist. Dieser Goldbetrag wird aber nicht nach Paris verschifft, sondern bleibt in New York. Außerdem haben die Franzosen die Bedingung gestellt, daß von den übrigen Guthaben, die Frankreich bei privaten amerikanischen Banken, insbesondere bei der Morgan Bank, unterhält, — es dürfte sich hier nach den allerletzten Abzügen noch um reichlich 350 Millionen Dollar handeln, auf die New-Yorker Bundesbank umgelegt werden und ihre Garantie erhalten. Außerdem sollen die Franzosen durchgedrückt haben,

daß der Diskontsatz der New-Yorker Notenbank, der in der Zeit vom 9. bis 16. Oktober bereits zweimal von 1½ auf 3½ Proz. heraufgesetzt wurde, bis auf 5 Proz. erhöht wird.

was natürlich einen scharfen Wechsel in der Kreditpolitik der amerikanischen Bundesbanken zur Folge haben dürfte.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen stellt praktisch nichts anderes dar als ein Stillhalteabkommen, so wie es Deutschland im September mit seinen ausländischen Gläubigern treffen mußte. Wenn auch eine Bestätigung dieser bedeutungsvollen Verhandlungen noch aussteht, so ist doch kaum darzu zu zweifeln, daß trotz der scharfen finanziellen Druckmittel, die in den französischen Gegenforderungen freies, die Vereinigten Staaten diese Bedingungen annehmen, weil die schwierige Situation der gesamten amerikanischen Bankwelt eine weitere Zuspitzung kaum vertragen dürfte.

in Amerika große politische Bedeutung beigemessen. Es knüpfen sich hieran Kommentare, wonach die amerikanischen Demokraten auf dem Boden dieses oder eines ähnlichen Programms

in den Präsidentschaftskampf eintreten

wollen, für den von ihrer Seite aus Owen Young kandidieren soll. Owen Young, der Aufsichtsratsvorsitzende der General Electric, hat sich zwar mit diesem Vorschlag von Swope nicht restlos identifiziert. Wir möchten aber dem deutschen Unternehmertum das Urteil und die Äußerungen dieses Mannes zu diesem Programm, den sie doch als Kollegen anerkennen dürften, ins Stammbuch schreiben: Er bezeichnet den Plan „zwar als noch keine endgültige Lösung der wirtschaftlichen Probleme, aber als genau formulierte Vorschläge, welche uns instandsetzen, diese Probleme vernünftig zu erörtern.“ ... Wir können in unserem Lande weiter die unorganisierte individuelle Disposition und Geschäftsführung aufrechterhalten, aber dann wird diese

notwendigerweise zeitweilig chaotische Zustände zur Folge haben,

und wir werden sie mit wirtschaftlicher Unordnung büßen müssen, wie es jetzt der Fall ist. Wir können aber auch in unserem Lande zur planmäßigen wirtschaftlichen Organisation übergehen mit einigen Einschränkungen der individuellen Freiheit, die, wenn der Wirtschaftsplan vernünftig ist und ergaßt ausgeführt wird, dazu beitragen wird, die wirtschaftlichen Störungen und die Unordnung sowie die Leiden, mit denen wir durch sie bestraft werden, zu vermindern.“

Frankreich in Polen.

Französische Beteiligung auch am Hafen in Gdingen.

Das Vordringen französischen Kapitals macht immer weitere Fortschritte. Nachdem vor einigen Monaten die große polnische Nord-Süd-Bahn, die den Ostseehafen Gdingen mit dem polnisch-ober-schlesischen Industriegebiet verbinden soll, aber zum größeren Teil noch nicht fertig ist, unter die Kontrolle der mit französischem Kapital arbeitenden Französisch-Polnischen Eisenbahngesellschaft gekommen ist, wird jetzt bekannt, daß diese Gesellschaft der polnischen Staatsbahn eine Anleihe in Höhe von 20 Mill. Franken für zunächst drei Monate gegeben hat.

Eine weitere außerordentlich wichtige Einflussnahme scheint nunmehr in Gdingen selbst vorzugehen. Der polnische Staat, der in den letzten Jahren, um den Danziger Hafen nach Möglichkeit ausschalten zu können, etwa 300 Mill. Sloty, d. h. rund 140 Mill. Mark für den Ausbau des Hafens von Gdingen ausgegeben hat, hat jetzt offenbar keine Mittel mehr, um den weiteren Ausbau finanzieren zu können. Deshalb soll jetzt der Hafen als Erwerbsgesellschaft umorganisiert werden, und wahrscheinlich will man versuchen, hierzu ausländisches, d. h. in erster Linie französisches Kapital heranzuziehen.

Eine französische Beteiligung an diesem Hafenunternehmen wäre nicht nur wegen der Lieferungen mit denen dann französische Firmen rechnen können, von großer Bedeutung, sondern auch deswegen, weil dann der Hafenausbau ebenso wie der Bahnbau, d. h. polnisch-militärisch wichtige Bauunternehmungen, unmittelbar unter französischer Kontrolle stehen würden.

Aufträge für den Waggonbau.

Das Ergebnis der Reichsbahnleihe, das bisher einen Zeichnungsbetrag von 177 Millionen Mark erbracht hat, wird es der Reichsbahn ermöglichen, ihr Beschaffungsprogramm über den zunächst gedachten Umfang hinaus zu erweitern. So soll neben der Eisenindustrie auch der Fahrzeugbau, in erster Linie die Waggonindustrie, berücksichtigt werden. Die Bestellungen an diese Industrie, deren Betriebe infolge der feinerzeit durchgeführten Drosselungsmaßnahmen der Reichsbahn gänzlich leer gefegt sind, dürften sich auf etwa 60 bis 70 Millionen Mark belaufen. Bei Durchführung dieser Maßnahmen wird es möglich sein, die vorgesehenen Stillelegungen zu vermeiden und die Betriebe weiter in Gang zu halten. Allein in den letzten vier Wochen haben fünf Waggonfabriken ihren Betrieb eingestellt.

Spareinlagen nehmen wieder zu.

Die Septemberstatistik der preussischen Sparkassen zeigt, daß der Einlagenabfluß im ganzen noch nicht zum Stillstand gekommen ist; Anzeichen für ein günstigeres Entwicklung sind aber bereits vorhanden. Insgesamt haben die preussischen Sparkassen im September noch 174,9 Mill. Spareinlagen verloren; der Einlagenbestand stellt sich daher für Ende September 1931 auf 6134,6 Mill. Dieses Ergebnis ist durch gegenüber dem Vormonat gestiegene Einzahlungen und gestunnte Auszahlungen zustande gekommen. Die Einzahlungen betragen 246,3 Mill. gegenüber 235,4 Mill. im Vormonat; sie sind seit Mai dieses Jahres zum ersten Male, wenn auch nur wenig, wieder gestiegen. Die Auszahlungen, die bereits im Vormonat eine fallende Tendenz aufwiesen, haben sich weiter (421,6 Mill. gegen 431,5 Mill. im August) vermindert. Anfänge einer günstigeren Entwicklung sind also vorhanden und zeigen, daß die Beschlüsse um Aufklärung der Bevölkerung nicht nachlassen dürfen.

Die Indexziffer der Großhandelspreise. Die vom Statistischen Reichsamt für den 14. Oktober berechnete Indexziffer der Großhandelspreise lag mit 106,7 um 0,6 Proz. niedriger als in der Vorwoche. Die Indexziffern für die Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 97,4 (— 1,6 Proz.), Kolonialwaren 95,1 (+ 1,8 Proz.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 99,4 (+ 0,1 Proz.) und industrielle Fertigwaren 133,5 (— 0,1 Proz.).

Produktionsschwund in der amerikanischen Schwerindustrie. In den letzten Wochen waren die amerikanischen Stahlwerke nur noch zu 31 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Die führende amerikanische Zeitschrift der Schwerindustrie, „Iron Age“, meint, daß die Hoffnungen auf eine Saisonbesserung sich mehr und mehr verringern. Im August 1930, wo bereits die Krise sich bemerkbar machte, betrug die amerikanische Rohstahlerzeugung noch 2,63 Millionen Tonnen. Im Juli 1931 waren es 1,46 und im August 1931 sogar nur noch 1,28 Millionen Tonnen. In der Zeit vom August 1930 bis August 1931 ist die Zahl der unter Feuer stehenden Hochofen in den Vereinigten Staaten von 138 auf 76 zusammengeschrumpft.

Die Hochdampferflotte des „Nordsee“-Konzerns. Der auf der Freiheits-Werft, Einswarden, erbaute Hochdampfer „Koblenz“ ist nach seiner Probefahrt von der „Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei Bremen-Cuxhaven A.-G., Hamburg-Bremen, übernommen worden. Mit dem Erwerb dieses Reubaus steigt die Flotte der Gesellschaft auf 173 Fischdampfer.

Herrn v. Siemens ins Stammbuch

Amerikanische Unternehmer fordern Wirtschaftsdemokratie.

Zur gleichen Zeit, in der das deutsche Unternehmertum die Offenheit mit ihrem staatsreaktionären Rettungsprogramm begrüßt, in der nichts anderes als die alte Waise: Lohnabbau, Sozialabbau, Steuererhöhung, gedreht und Rückkehr zur uneingeschränkten freien Wirtschaft — in Zeiten größter sozialer Stützungsaktionen — gefordert wurde, wird von einer führenden Unternehmerrgruppe in USA der Ruf nach staatlich überwachter und gelenkter Planwirtschaft laut. Der Schrittmacher ist nicht der erste beste, sondern eine exponierte amerikanische Unternehmerpersönlichkeit, Gerard Swope, der Präsident des weltumspannenden amerikanischen Elektrot trusts, der General Electric Company.

Wir geben nachfolgend die Grundlinien dieses Unternehmerprogramms wieder, das in zwei Teile zerfällt, in einen wirtschaftlichen: die Schaffung einer planwirtschaftlichen, staatlich regulierten Wirtschaftsorganisation, und einen sozialen: die Errichtung eines umfassenden sozialen Versicherungssystems.

Für alle Wirtschaftszweige sollen zwangsmäßig Wirtschaftsverbände geschaffen werden, der sich alle Unternehmungen mit mehr als 50 Beschäftigten anschließen müssen und die

der staatlichen Überwachung und Aufsicht unterstellt

werden. Für jeden Industriezweig soll eine besondere Gesamtleitung gebildet werden, die sich aus je drei Vertretern der Unternehmer, der Arbeitnehmer und des Staates zusammensetzt. Die Hauptaufgabe dieser Wirtschaftsverbände und staatlich überwachten Wirtschaftsorganisation soll sein, durch Kontrolle ein Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch in den einzelnen Industriezweigen zu schaffen und unter staatlicher Aufsicht die Wirtschaftsverhältnisse und die Beschäftigung zu stabilisieren. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, sollen die Wirtschaftsverbände (Trade Associations) das Recht erhalten, die Richtlinien für die Geschäftsführung und die gesamte Rechnungslegung der einzelnen Unternehmungen zu geben, auf die Preise hinzuwirken, alle Informationen über Geschäftsumfang, die Lagerhaltung, die Investitionen und die Gesamtentwicklung der Industrie zu sammeln und weiterzugeben, alles mit dem Ziele,

die Stabilisierung der Beschäftigung

sicherzustellen. Das öffentliche Gesamtinteresse soll ein besonderes Aufsichtsamt der Bundesregierung durch Überwachung der einzelnen Unternehmen und Wirtschaftsverbände wahrnehmen.

Der Plan schreibt fernerhin die weitestgehende Publizität und Durchleuchtung der einzelnen Unternehmungen vor. Für alle Unternehmungen soll eine einheitliche Buchführung, ein einheitliches Kalkulationsschema sowie einheitliche Formen der Bilanzausstellung von den Wirtschaftsverbänden vorgeschrieben werden, das der Genehmigung des staatlichen Aufsichtsamtes bedarf. Vierteljährliche Rechnungslegung ist dem Aufsichtsamt in der vorgeschriebenen Form und darüber hinaus auch den Aktionären zu übermitteln.

Somit die konkreten Vorschläge zur Zusammenfassung der Wirtschaftskräfte und

zur Schaffung einer unter Staatskontrolle organisierten Planwirtschaft.

an deren Führung die Arbeitnehmerschaft beteiligt werden soll.

Zur Beseitigung der unerträglichen Unsicherheit im Arbeits- und Lebensschicksal der Arbeitnehmerschaft wurde ein umfangreiches Versicherungssystem vorgeschlagen, das sich auf Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit erstreckt sowie eine generelle Alterspension für alle Arbeitnehmer u. d. d. Für alle Arbeiter und Angestellten mit weniger als 5000 Doll. (20 800 Mark) Jahresverdienst soll

ein obligatorisches Versicherungssystem geschaffen

werden. Die Versicherung soll an sich bei der einzelnen Unternehmung ruhen und paritätisch von Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretern nach staatlichen Richtlinien verwaltet werden. Bei Arbeitswechsel muß aus dem Versicherungsfonds der entsprechende Betrag an den Versicherungsfonds der neuen Arbeitsstätte überwiesen werden, bei völliger Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess dem Arbeitnehmer ausgezahlt werden. Die Beiträge zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung, zur Altersversicherung sollen je 2 Proz. vom Verdienst, gleichmäßig auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber verteilt, betragen. Im Falle der Arbeitslosigkeit soll ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung in Höhe der Hälfte des bisherigen Arbeitsverdienstes, maximal 20 Doll. pro Woche, bestehen. Die Alterspension soll spätestens nach 35jähriger Arbeitsfähigkeit beansprucht werden können, und zwar in versicherungsmäßiger Höhe. Im Todesfalle können sie die Angehörigen sofort beanspruchen.

Hier werden also von einer führenden Persönlichkeit des amerikanischen Kapitalismus

stärkster Zweifel an der Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Individualismus

zum Ausdruck gebracht und eine Umformung der Wirtschaftsorganisation durch planmäßige Zusammenfassung der Wirtschaftskräfte unter staatlicher Kontrolle vorgeschlagen. Die deutschen Unternehmer dagegen proklamieren trotz der völligen Weite ihres Systems die Ueberlegenheit der privatkapitalistischen Wirtschaftsorganisation, hintertreiben die Demokratisierung des Wirtschaftslebens mit allen Kräften und stellen die staatliche Einmischung in die Wirtschaft als krisenverschärfend hin.

In weniger englignen Unternehmenskreisen des Auslandes beginnt man aber, wie dieses offene Bekenntnis zur Planwirtschaft zeigt, die Zeichen der Zeit besser zu verstehen. Während die deutschen Unternehmer kein anderes Ziel kennen, als

die Zerstörung der deutschen Sozialversicherung.

kommt man in den Ländern des vielgepriesenen wirtschaftlichen Individualismus zu der Erkenntnis, daß man soziale Sicherungen der Arbeitnehmerschaft gegen die furchtbaren Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems schaffen muß. Die deutschen Unternehmer bringen nicht den Mut und die Ehrlichkeit auf, die Konsequenzen aus dem Besagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu ziehen. Die engeren deutschen Fachkollegen von Mister Swope, wie Herr von Siemens oder Geheimrat Bücher von AEG, deren Konzerte mit der General Electric kapitalmäßig und geschäftlich eng verflochten sind, würden wohl kaum die Courage aufbringen, derartige Umformungen zu unterstützen, geschweige denn, sie zu propagieren. Die Traditon Walter Rathenaus scheint in der amerikanischen General Electric wesentlich lebendiger zu sein als in der deutschen AEG.

Dem hier ausführlich behandelten Wirtschaftsprogramm wird

Das Land der Dämonen

Aus ihrem demnächst bei P. V. Brockhaus erscheinenden Buch „Tibet und Tibet“... (Text continues with details about the author's work and the book's content.)

Tibet ist das Land der Dämonen. Wenn man sich auf Volksglauben und Sagen verlassen wollte, müßte man sie für viel zahlreicher als das Menschengeschlecht selbst halten. Die bösen Geister bewohnen, in tausend Formen gekleidet, Bäume, Felsen, Täler, Seen und Quellen. Sie verfolgen Mensch und Tier, um ihnen den Lebensodem zu rauben und sich davon zu nähren. Es ist ihnen eine Lust, Steppe und Wald zu durchstreifen, und an jeder Krümmung des Weges lauert der Wanderer Gefahr, sich ihnen plötzlich gegenüberzusehen.

Wenn es so steht, kann man sich leicht denken, wie stark notgedrungen der Verkehr der Tibeter mit den bösen Geistern ist. Der amtliche Lamaismus stellt sich die Aufgabe, sie zu zähmen und zu bekehren, ja sie sich sogar dienstbar zu machen. Und wenn sie sich nicht fügen wollen, nimmt er ihnen wenigstens die Macht, zu schaden oder rötet sie ganz aus. Die Zauberer treten dabei in Wettbewerb mit den angestellten Lamas, haben aber häufig ganz entgegengelegte Ziele, indem sie versuchen, sich einen oder mehrere der Dämonen untertan zu machen und für ihre unheilvollen Zwecke zu benutzen. Reicht ihre Macht nicht aus, sich Gehorsam zu erzwingen, so treten sie selbst in den Dienst der Dämonen und erbeteln sich durch Schmeicheleien ihre Hilfe.

Außer den Zauberformeln, die der Lama getreu nach den in den Klosterschulen des Gnad erlernten Regeln anwendet, und der schwarzen Kunst der Herenmeister wird von den tibetischen Mystikern noch eine dritte Art des Verkehrs mit den Dämonen begünstigt, die sich aus der Schulung der Geisteskräfte ergibt. Ich meine Begegnungen, die absichtlich von dem Schüler herbeigeführt werden, wobei er dann den bösen Geistern Trost oder auch ihnen Gutes erweist.

So wunderbarlich und sogar abstoßend diese Formeln uns auch anmuten mögen, so haben sie doch oft nützliche und hohe Ziele: sie sollen den Menschen furchtlos machen, die äußerste Barmherzigkeit und Selbstlosigkeit in ihm wecken und ihn schließlich zur geistigen Erleuchtung führen.

Die sonderbarsten Gebräuche kann man bei einer unheimlichen Art von Mysterienspiel, Tschöb genannt, beobachten, das nur von einem einzigen Schauspieler, dem Zauberer selbst, aufgeführt wird. Es kommt vor, daß die Schüler über solchen Übungen wahnhaft werden oder gar tot hinfallen, mit so viel grausamer Kunst ist das Entschickte ausgeführt und gehäuft.

Nur nach längeren Vorbereitungen kann der Tschöb Nutzen bringen, und oft muß der Schüler verschiedene Proben bestehen, bevor er überhaupt dabei zugelassen wird. Die Art seiner Prüfungen hängt von dem Grad der Entwicklung ab, den sein Gefühl wie sein Verstand erreicht haben.

War nicht selten begehen sich junge Mönche, fest überzeugt davon, daß es Tausende von Dämonen gibt, zu einem mystischen Boma, ohne auch nur eine Ahnung von den Lehren zu haben, die er vertritt, und bitten ihn mit kindlicher Frömmigkeit um seine Führung zu geistigen Zielen.

Der Lehrplan der mystischen Meister enthält keine langatmigen Reden über Irrtum oder Wahrheit. Er gibt den Schülern nur Gelegenheit, sich selbst zu unterrichten. Sie müssen selbst beobachten, und was sie dabei empfinden, soll sie dann zum eigenen Nachdenken anregen.

Um leichtgläubigen und feigen Schülern die Furcht vor den Dämonen zu nehmen, wird zu Mitteln gegriffen, die auf den ersten Blick nur lächerlich scheinen können, in Wirklichkeit aber grausam und abscheulich sind, wenn man die Geistesverfassung der betreffenden Jünglinge bedenkt.

Ich kenne einen jungen Mann, den sein Lehrer, ein Lama aus Amdo, in eine finstere, einsame Schlucht schickte, in der böse Geister iputen sollten. Er selbst sollte sich da an einen Felsen fesseln; wenn es Nacht geworden war, die wildesten, blutrünstigsten Gottheiten anrufen und diesen Schredgestalten trogen, die uns die tibetischen Mäler zeigen, wie sie den Menschen das Gehirn ausaugen und die Eingeweide aus dem Leibe haspeln.

Sein Entsetzen mochte noch so groß sein, er hatte strengsten Befehl, dem Wunsch, sich loszubinden, nicht nachzugeben und sich vor Sonnenaufgang nicht vom Fied zu rühren.

Diese Zumutung wird fast immer gestellt und bildet für viele tibetische Lamaschüler den ersten Schritt auf dem Pfade der Mystik. Manchmal muß der Jünger drei Tage und Nächte oder sogar noch länger gefesselt bleiben, dabei fasten und gegen den Schlaf kämpfen. Wie leicht wird er dann, müde und hungrig wie er ist, eine Beute der Sinnestäuschungen!

Während meiner heimlichen Pilgerreise nach Lhasa erzählte ein alter Lama aus Tjarong meinem Adoptivsohn Jangden, der mich begleitete, den traurigen Abbruch einer solchen Kraftprobe. Natürlich ließ ich mir kein Wort der Geschichte entgehen, hielt mich aber dabei hübsch still in einer Ecke, da ich nicht aus meiner damaligen Rolle des demütigen alten Mütterleins fallen durfte.

Der Lama und sein jüngerer Bruder, namens Lodeu, hatten noch jung ihr Kloster verlassen, um sich einem landfremden Klausurer anzuschließen, der zeitweilig auf einem als Wallfahrtsziel wohlbekannten Berge, Phagri, nicht weit von Dagu, eine Einsiedelei bewohnte.

Der Waldbruder befahl dem jüngsten der beiden Brüder, sich mit dem Hals an einen Baum zu binden, und zwar an einem Orte, an dem Thags-pang spuken sollte, ein Dämon, dem neben der Gestalt eines Tigers auch alle dessen wilde Triebe nachgesagt wurden.

Der Mensch, der so an den Marterpfahl gefesselt dastand, mußte sich ja wie eine Kuh vorkommen, die dem Thags-pang geopfert werden sollte. Gelang es ihm, seine Gedanken fest auf einen Punkt zu richten, würde er unfehlbar in einen Dämmerzustand verfallen, das Bewußtsein seiner Persönlichkeit verlieren und sich, wie gesagt, als Kuh fühlen, die in Gefahr war, verschlungen zu werden. Zudem brüllte der arme Teufel auch noch von Zeit zu Zeit, um sich so vollends in den Geist seiner Rolle zu versetzen.

Drei Tage und Nächte hintereinander mußte so ausgehalten werden. Aber selbst nach vier Tagen war der Schüler noch immer nicht zu seinem Meister zurückgekehrt. Am fünften Morgen sagte der Lama zu dem bei ihm gebliebenen Jünger: „Ich habe letzte Nacht einen sonderbaren Traum gehabt, geh und hole deinen Bruder.“

Der Mönch begab sich in die Schlucht, wo sich ihm ein graufiger Anblick bot. Die zerlegte und angefressene Leiche Lodeus hing zum Teil noch an den Baum gebunden, zum Teil lagen ihre blutigen Leberreste im nahen Geäst umher.

Entsetzt sammelte der Schüler die schauerliche Last zusammen, hüllte sie in sein Mönchsgewand und wollte eiligst damit zu seinem Lehrer zurückkehren. Aber die Hütte, in der Einsiedler und Schüler bis dahin gewohnt hatten, stand leer. Der Lama war mit Saß und Pack ausgezogen. Zwei fromme Mönche, ein paar Zaubergeräte und der Wanderstab mit dem Dreizack am Griff, alles war weg.

„Ich glaube verrückt zu werden“, erzählte der alte Tibeter. „Dies rätselhafte Verschwinden erschreckte mich noch mehr als das Auffinden der Leiche meines Bruders. Was mochte unser Meister geträumt haben? Wußte er schon um das traurige Ende meines Bruders, und warum ließ er sich davongemacht?“

Danon wußte ich freilich auch nicht mehr als damals das arme Mönchlein, konnte mir aber denken, daß er sich den Verlauf der Sache wohl einigermaßen richtig vorgestellt hatte, als sein Schüler nicht zurückkam. Möglicherweise hatte er auch durch den Traum eine jener rätselhaften Vorahnungen gehabt, die es ja zu geben scheint, und nun die Blucht ergriffen, weil er den Jörn der Eltern des armen Jungen fürchtete.

Der Tod des Schülers ließ sich leicht aus natürlichen Ursachen erklären. Es fehlt in dieser Gegend nicht an Pantheren, auch Leoparden kommen vor. Wenige Tage, bevor mir die Geschichte erzählt ward, war ich ihnen selbst im Walde begegnet. Der Schüler mochte sie durch sein Gedrüll sogar herbeigelockt haben, und da konnte er recht gut einem der Tiere zum Opfer gefallen sein, noch ehe er Zeit gehabt hatte, seine Fesseln zu lösen.

Der Mönch, der mir die Sache berichtete, und seine Umgebung dachten freilich ganz anders darüber. Für sie stand es fest, daß der Tigerdämon die ihm so unvorsichtig gebotene Opfergabe ergriffen hatte.

Mensch und Maschine

Viele Menschen sind stolz auf die kulturelle Entwicklung, die sie gleichsetzen mit der Höhe der technischen Leistungsfähigkeit. Sie sehen innerlich die weite Strecke, die das Menschengeschlecht auf dem Wege zur Kultur durchwandert hat, und halten alle Opfer für etwas Selbstverständliches, über das zu reden sich nicht lohnt. In der Maschine aber erblicken sie den großen Helfer der Menschheit, der sie erlösen soll aus der Sklavenarbeit, und jede technische Neuerung erscheint ihnen als ein weiterer Schritt zu dem idealen Ziele, das ihnen vorshwebt: Die Befreiung des Menschen von übermäßiger körperlicher Arbeit und die dadurch bedingte Freiheit zu geistiger Entwicklung und damit erst zu wahrem Menschentum.

Wenig kleine Fortschritte reichten sich aneinander, ehe von einer grundlegenden Umgestaltung in technischer Hinsicht, von einer neuen Epoche gesprochen werden konnte. Niemand kann sagen, wann auf der Erde ein vernunftbegabtes Wesen zum ersten Male einen Stein bewußt und nicht instinktiv als Werkzeug benutzte und ihn dann durch Verbindung mit einem Stiel zum Hammer oder zur Axt gestaltet hat. Kein Forscher vermochte bisher festzustellen, wer zuerst den genauen Gedanken hatte, unter den Schlitzen das Rad zu setzen und so die gleitende in die rollende Bewegung umzuformen.

Im Keime finden wir in allen Werkzeugen vergangener Geschlechter die Elemente, aus denen unsere Maschinen zusammengesetzt sind. Zunächst war das Werkzeug Waffe, gleichsam eine Verlängerung der natürlichen Glieder. Körperliche Kraft, durch Übung erlangte Geschicklichkeit bis zur automatischen, d. h. geistlosen Anwendung der Werkzeugmasse machten den Menschen zum größten Mörder auf der Erde. Noch heute wirkt sich das in der Weise aus, daß bedeutende technische Erfindungen erst dann vom Staate gefördert wurden, wenn sie sich irgendwie für militärische Zwecke, also

zur organisierten Massentötung, verwenden ließen. Unterseeboot, Kraftwagen, Luftfahrzeuge, um nur einige der neuesten technischen Erfindungen zu nennen, wurden nicht im Hinblick auf ihre kulturelle Mission, sondern mit Rücksicht auf den ihnen zugewiesenen barbarischen Zweck geplant. Die kulturelle Seite der Erfindung mochte sich nebenher auswirken.

Der Mensch wurde durch das Werkzeug zum Herren der Erde, solange sich diese Herrschaft auf andere Lebewesen erstreckte. Viel länger aber blieb er den Naturkräften untertan. Die handwerkliche Technik vergangener Jahrhunderte, die auf Übung beruhte, und deren Kenntnisse vom Vater auf den Sohn übertragen wurden, vermochte zwar manches gute Werk zu erzeugen, aber das sichere Erkennen naturwissenschaftlicher Zusammenhänge fehlte ihr. Der Mensch pochte auf seine Geschicklichkeit. Seiner beschränkten Erkenntnis wegen fühlte er sich als unbestrittenen Herrn.

Dann kam jenes große, furchtbare Erwachen, als die ersten eisernen Sklooven, die Feuermaschinen, wie man die Dampfmaschinen zunächst nannte, ihre Schwungräder drehten und die früher mühsam von Menschen oder Tieren betriebenen Pumpen und Förderwerke in den Bergwerken bewegten, und als zahlreiche Werkzeugmaschinen von ihnen ihren mechanischen Antrieb erlieferten. Ein Sturm der Empörung und Mut durchbrauste die Welt der Arbeit. Die Schaffenden, Gesellen noch mehr als Meister, sahen in der Maschine den Feind, der ihnen das Recht auf Arbeit raubte. Jede neue Maschine, die den Erfinder beglückte, weil er sie in den Dienst der Menschheit stellen wollte, wurde und mußte von der Arbeiterschaft jener Zeit feindselig betrachtet werden, denn sie brachte nicht Befreiung von mühsamer Arbeit, sondern sie degradierte umgekehrt zunächst den Mensch zu ihrem Sklaven.

Allmählich jedoch stellten sich die Menschen auf die Maschine ein. Maschinenarbeit wurde immer mehr zum Zeichen einer guten Durchschnittsleistung. In langamer Folge eroberte die Maschine eine Tätigkeit nach der anderen, und wenn sie zuerst Menschen von ihren Arbeitsplätzen vertrieb, die industrielle Reservearmee erheblich vermehrte und den Menschen unterjochte, so schien sie doch in der weiteren Folge wieder viele ihrer Fehler gut zu machen. Es wurde der Satz geprägt, daß jede arbeitssparende Maschine zwar auf der einen Seite Menschen überflüssig mache, sie auf der anderen jedoch notwendig brauche. Dieser Satz war mit gewissen Einschränkungen richtig bis zu dem Augenblick, als die Völker Europas in den Weltkrieg hineinschlitterten, durch den eine neue Revolutionierung der Wirtschaft in der Welt hervorgerufen wurde. Solange Europa der Hauptlieferant der übrigen Länder war, solange es möglich war, für europäische Maschinen und Einrichtungen immer neue Absatzgebiete zu finden, konnte die Lage der arbeitenden Massen ständig verbessert werden. Dem steilen Aufstieg der industriellen Wirtschaft ist heute ein ebenso steiler Abstieg gefolgt, und wieder zeigt sich, daß die Bäume nirgends in den Himmel wachsen. Wieder macht sich in der Arbeiterschaft eine den Maschinen feindliche Bewegung bemerkbar, die ihren Grund in der ständig zunehmenden Arbeitslosigkeit findet, die durch eine übertriebene Rationalisierung gefördert wurde.

Der Weg dieser Entwicklung ist bisher folgendermaßen verlaufen: Der Mensch als Herr des Werkzeuges — die Maschine als Herr des Menschen — der Mensch als Herr über die Maschine, und schließlich doch wieder — die Maschine als Feind der schaffenden Massen. Ziel der sozialistischen Wirtschaft ist es, die Maschine in jedem Falle dem Menschen unterzuordnen, den Menschen zu befreien und ihm den kulturellen Aufstieg zu ermöglichen. W. M.

Die Straßenbahnen in Paris verschwinden. Seit Beginn dieses Jahres sind in Paris wiederum elf Straßenbahnlinien eingezogen. In den letzten fünf Jahren sind damit insgesamt 34 Straßenbahnlinien aufgehoben worden. Noch und noch sollen alle Straßenbahnlinien aus Paris verschwinden, und zwar, wie man erklärt, weil die durch den Schienenstrang an feste Linien gebundene Straßenbahn nicht mehr in den großen modernen Verkehr gehört. An ihre Stelle sollen Motor-Autobusse treten, die 50 Fahrgäste aufnehmen können. Man rechnet damit, daß in einigen Jahren die letzte Straßenbahn aus Paris verschwunden sein wird.

Pestbazillen können sich im Körper der Insekten vermehren. Man hat berechnet, daß ein einziger Fliegenmagen die höchst gefährliche, unter Umständen tödliche Dosis von 5000 Pestbazillen zu fassen vermag.

Dr. R. H. Francé: Pflanzen in Not

Wir haben wieder einmal vergessen, unsere Blumen am Fenster zu begießen und nun antworten sie auf unser Verschulden durch hängende Blätter und verwelktes Aussehen.

Was hat sich bei diesem Welken eigentlich ereignet? Wenn wir ein wenig darüber nachdenken, ist das ganze Ereignis klar. Die Pflanze verliert ständig durch ihre Blätter Wasser einfach dadurch, daß die Blätter austrocknen wie im Winde flatternde Wäschestücke. Soll sie nicht binnen wenigen Stunden, namentlich an warmen Tagen, im hellen Sonnenschein und bei frischem Wind verwelken, so muß das verloren gehende Wasser immer wieder durch die saugenden Wurzeln ersetzt werden und damit gelangen wir schon auf theoretischem Wege zu der Annahme, daß ein Wasserstrom ständig alle lebenden Pflanzenteile durchzieht und sich aus den Blättern unsichtbar als Dampf in die Lüfte schwingt. Für die Hygiene unserer Stube ist das ein Mist. Die Zimmerluft leidet namentlich im Winter fast stets an zu großer Trockenheit. Durch das Aufstellen von Blattpflanzen kann man sie also verbessern.

Im Leben der Pflanze aber bedeutet diese Wasserfrage eine stete Sorge. Das Gewächs kann seine Wasserzufuhr nur in sehr beschränktem Maße regeln. Wenn der Boden mehr Feuchtigkeit enthält als es bedarf, kann es sich gegen den Ueberfluß kaum wehren; ist er sehr dürr, wird auch eine außerordentliche Ausdehnung des Wurzelgeflechtes nicht ganz helfen. Es geht auch der Pflanze so wie den Menschen: Bei drohendem Defizit verspricht es mehr Erfolg, seine Ausgaben einzuschränken als sich auf die Erschließung neuer Hilfsmittel zu verlassen. Die Wassergabe hängt von der Größe und dem Bau der Blätter ab. Sind diese sehr groß und dünn, kann das Wasser ungehindert aus ihnen verdunsten, dann werden sie die Pflanze oft in Gefahr bringen, wenn ihr nicht ständig viel Wasser zu Gebote steht.

Danach scheiden sich die Gewächse in Trockenheitspflanzen und Feuchtigkeitspflanzen und jedem dieser zwei Typen kommen ganz bestimmte Anpassungen zu.

Das macht sich auch in unserem Zimmerstübchen geltend. In unserer Stube herrscht — vom Standpunkt einer Pflanze aus beurteilt — das Klima einer dunklen, mäßig warmen Wüste. Hieraus ist zu schließen, daß neben Schattenpflanzen auch typische Trockenpflanzen sich am ehesten darin wohlfühlen werden.

Die rotblühende Pelargonie (Pelargonium zonale), dieser Allweltschausgenosse aus dem Blumentreich, bestätigt diese Vermutung

auf das Trefflichste. Warum gedeiht sie auch in der Stube üppig? Weil sie ein Kind des Kaplandes und daher an ein sehr trockenes Klima angepaßt ist. Sie trägt auch alle Anzeichen einer echten Trockenpflanze an sich. Sie hat zwar keine kleinen Blätter, aber dafür auf den Blättern einen dichten, wolligen Filz. Betrachtet man den unter dem Kleinfinger, so sieht man, daß er aus Drüsenhaaren besteht, welche die Verdunstung hindern, zugleich aber der Pelargonie gestatten, aus der Luft selbst Feuchtigkeit aufzusaugen. Eine andere, sehr merkwürdige Anpassung an trockenes Klima lernt man kennen, wenn man einen der Stengel durchschneidet. Es fließt kein Saft heraus, sondern er ist gefüllt mit einem zähen, wasserhaltigen Schleim. Das ist offenbar ein Wasserbehälter, aus dem die Pflanze in den Tagen der Not schöpft. Und wirklich, wenn wir einmal eine Woche lang das Begießen der Pflänzlinge am Blumentisch vergessen haben, so haben das die Pelargonien von allem noch am besten überstanden. Mit ihnen auch noch die Kaktéen, von denen ja der umsichtige Blumenfreund weiß, daß man sie überhaupt nicht viel gießen darf. Auch sie sind im Innern mit Schleim erfüllt, sie zeigen aber noch eine weitere Trockenheitsanpassung geradezu ideal entwickelt. Nämlich die Verfeinerung der verdunstenden Oberfläche. Sie geraten dabei ins Extrem. In ihrer mexikanischen und südamerikanischen Heimat sind die Igelkaktéen, die Kugelkaktéen, die Melonenkaktéen und wie sie alle heißen, daran gewöhnt worden, monatelang jede Wasserzufuhr zu entbehren und sie haben auf diese Brausamkeit damit geantwortet, daß sie die Blätter überhaupt abgeschafft haben. Nur mehr Leberreste sind davon vorhanden, und was an so einem Igelkaktus so plump und droffig, dunkelgrün und saftig dasteht, ist der Blatinfunktionen ausübende Stamm. Auch er schützt sich noch vor jeder ungerichteten Wasserausgabe. Kommen bei anderen Pflanzen im Durchschnitt 100 (aber auch 700) der Verdunstung dienende Spaltöffnungen auf einen Quadratmillimeter, so finden wir an dem Stamm eines Igelkaktus auf gleichem Raum nur 15 bis 18. Damit aber, außer durch die hierfür geeigneten Poren, überhaupt nichts verloren geht, ist die Oberhaut dick und mit einem dem Kork ähnlichen Schutzstoff überzogen. Und weil auch das vielleicht noch nicht alle „Gefahr“ ausschließt, hat das droffig feierlich anzusehende „Greifenhaupt“ noch einen ganzen Schopf schneeweißer Haare umgestülpt. Denn so eine Haardecke schützt vortrefflich.

Da hat uns also schon die erste Viertelstunde am Fensterbrett mellenweit in das Wundergebiet der Trockenheitsanpassungen und damit des Innenlebens der Pflanze hineingeführt.

Ein Bomben-Standal.

Die Bombenreflamme im Buchhändler-Blatt.

Die Redaktion des „Börsenblatts für den Deutschen Buchhandel“ — gezeichnet Fr. Wagner — sendet uns zu unserer Notiz in Nr. 464 vom 3. Oktober „Eine „Bomben“-Reflamme“ folgende „Berichtigung“:

1. Unwahr ist die Behauptung: „Das Börsenblatt der Buchhändler wirbt für Hochverräter.“

Wahr ist vielmehr lediglich, daß der Brunnenverlag im „Börsenblatt“ als dem rein geschäftlichen Zwecken dienenden internen Fachblatt wie andere Verleger auch sein Verlagszeugnis „Herbert Volz, Rebellen um Ehre“ angezeigt und für dieses Buch die ihm von seinem verlegerischen Standpunkt erfolgersprechende Reklame gemacht hat, wobei das „Börsenblatt“ für sich in Anspruch nimmt, was die gesamte deutsche Presse als Grundlag versteht, daß nämlich jede Schriftleitung ablehnt, mit Reklamewendungen des Anzeigenteils identifiziert zu werden.

2. Unwahr ist die Behauptung: „Das „Börsenblatt“ ist angeblich neutral.“

Wahr ist vielmehr, daß das „Börsenblatt“ nach seinen seit Jahrzehnten geltenden Verwaltungsbestimmungen den Verlegern aller gesetzlich nicht verbotenen Parteien unter gleichen Bedingungen für ihre geschäftlichen Zwecke zur Verfügung steht. Seit Jahrzehnten zeigen sozialistische und kommunistische Verlage ihre Werte im „Börsenblatt“ ebenso an wie andersgerichtete. Das „Börsenblatt“ ist also wirklich neutral.

Diese „Berichtigung“ ist sehr schön, hat aber den Fehler, daß sie nicht stimmt. Es ist eine offenkundige Unwahrheit, wenn das „Börsenblatt“ behauptet, es stehe „den Verlegern aller gesetzlich nicht verbotenen Parteien unter gleichen Bedingungen für ihre geschäftlichen Zwecke zur Verfügung“. Wahr ist vielmehr, worauf wir schon früher verwiesen, daß die gleiche Schriftleitung in einer Reihe von Fällen Inserate von neutralen oder linksstehenden Verlagen zurückgewiesen oder zensuriert hat, während sie gegen rechtsstehende Verlage ungeheuer tolerant ist. Einige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit mögen das belegen:

Als der Walbert-Schulz-Verlag, Berlin-Wilmersdorf, ein Inserat über das Buch von Credé „Frauen in Rot“ veröffentlichen wollte, erhielt er unter dem 7. Oktober 1929 von der Redaktion des „Börsenblattes“, ebenfalls gezeichnet Fr. Wagner, folgendes Schreiben: „Die Form bzw. Wortlaut Ihrer Anzeige „Frauen in Rot“ von Carl Credé halten wir zur Veröffentlichung im „Börsenblatt“ für ungeeignet. Wir gestatten uns, Ihnen die Materie zurückzugeben und stellen Ihnen anheim, uns einen neuen Text einzusenden.“

Als der Horen-Verlag, Berlin-Grünwald, in einem Inserat einige günstige Kritiken über einen Roman von Edel Köppen „Heeresbericht“ veröffentlichen wollte, verlangte die Schriftleitung des „Börsenblattes“, daß in dem Satz: „Es ist zehnmal soviel Kriegswirklichkeit in seinem Buch wie in dem von Remarque“ der Name Remarque gestrichen werde!

Als der Neue Deutsche Verlag ein Inserat über das Buch von Tucholsky „Deutschland, Deutschland über Alles“ zur Veröffentlichung ein sandte, lehnte die Redaktion des „Börsenblattes“ in einem Schreiben vom 9. November 1929 die Aufnahme dieser Anzeige ab. Auf den Protest des Verlages gab sie eine ergänzende Erklärung ab, daß der Einspruch sich nur gegen die Bildwiedergabe in dem Inserat richte, „da darin eine Verächtlichmachung der Nationalhymne der Deutschen Republik gesehen wird, die dem „Börsenblatt“ zur Unehre gereiche.“

Hier verstand es also die Schriftleitung des Börsenblattes, sich als „Schützerin“ der deutschen Republik auszugeben, da es sich um die Publikation eines linksstehenden Verlages handelte. Aber bei der Veröffentlichung des Inserats des Brunnen-Verlages, in dem für das Buch des zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilten Bombenwerfers Volz Reklame gemacht wird, werden anstandslos die frechsten Schwärmungen der Republik wiedergegeben. Derselbe Schriftleitung, die sonst ein so zartbesaitetes Gewissen hat, findet angesichts der „Bomben-Reklame“ — wie in zahlreichen anderen Fällen — keinen Anlaß, Zensur zu üben. Sie redet sich damit heraus, daß sie das Recht für sich in Anspruch nehme, mit Reklamewendungen des Anzeigenteils nicht identifiziert zu werden.

Das ist eine mündige Ausrede. Das Börsenblatt ist in der Hauptfrage ein Anzeigensblatt, dessen Schriftleitung das Recht für sich in Anspruch nimmt, die eingesandten Anzeigen zu zensurieren oder zurückzuweisen. Diese Zensur wird, wie aus den angeführten Beispielen hervorgeht, in einseitiger Weise durchgeführt.

Gegen Rekrutierungsschiebungen.

Reichswehrministerium gegen eine überflüssige Gründung.

In letzter Zeit ist eine „Arbeitsgemeinschaft zukünftiger Soldaten, Sig Rostock in Mecklenburg“ mit Aufrufen an die Offentlichkeit getreten. Sie gibt an, unter Billigung des Reichswehrministeriums junge Leute, die die Absicht haben, Soldat zu werden, durch Anfertigung von Besuchen, Erteilung von Ratschlägen und Veranstaltung pfadfinderischer Übungen beraten zu wollen. Das Reichswehrministerium hat die Gründung dieser Arbeitsgemeinschaft nicht gebilligt. Es hält einen solchen Verein für überflüssig. Bewerber, die sich der Vermittlung eines solchen Vereins bedienen, haben eine besondere Berücksichtigung nicht zu erwarten.

Bankenkontrolle — Bolschewismus?

Snowden gegen das Arbeiterprogramm.

London, 19. Oktober.

Schatzkanzler Snowden hielt am Sonnabendabend eine Rede im englischen Rundfunk, in der er die Politik der Nationalregierung verteidigte. Dabei erklärte er, der plötzliche Umfall der Arbeiterpartei zugunsten des Freihandels sei nur aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt. Es sei durchaus unlogisch, da die im sozialistischen Wahlprogramm aufgestellten Forderungen nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien zugleich der notwendig werdenden staatlichen Zuschüsse tatsächlich die äuffersten Folgerungen eines Schutzvolles darstellen. Snowden nannte das Programm der Arbeiterpartei das phantastischste und unpraktischste, das jemals Wählern vorgelegt worden sei. Die Forderung nach Verstaatlichung der Banken und die Errichtung von staatlichen Investitionsausschüssen sei kein Sozialismus, sondern Bahianismus geworden Bolschewismus. Ein solches Programm würde, wenn man es überhaupt ernst nähme, das Land der Vernichtung preisgeben. Für niemanden sei die Errichtung einer starken Regierung eine größere Lebensfrage als gerade für die arbeitende Bevölkerung.

Der italienische Außenminister Coudi wird die Komreise des Reichsanzlers Ende Oktober erwidern. Er trifft am 25. Oktober in Berlin ein und wird die Reichshauptstadt am 26. Oktober abends verlassen. Wollstoll nicht es vor, hier nicht zu erscheinen.

Braunschweig.



„Und wenn nicht die Sozialdemokratie im Reichstag Verrat geübt hätte, dann würden wir jetzt in ganz Deutschland diese gesegneten Zustände haben.“

Frankreichs Sozialisten und unsere Taktik.

Eine Rede Grumbachs in Düsseldorf.

Düsseldorf, 19. Oktober. (Eigenbericht.)

Der französische Abgeordnete Grumbach sprach hier in einer gewaltigen Kundgebung der Sozialdemokratie über die deutsch-französische Verständigung. Grumbach führte unter anderem aus:

„In dieser härtesten aller Zeiten ist die Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs von lebenswichtiger Bedeutung nicht nur für unsere beiden Völker, sondern auch für ganz Europa. Und gerade im Rahmen dieser so unerlässlichen Zusammenarbeit möchte ich die Gelegenheit ergreifen, um ihnen zu sagen, wie wir französische Sozialisten, die wir bei uns seit Jahren den Kampf führen zugunsten der Verständigung unserer Völker, die gegenwärtige Politik der deutschen Sozialdemokratie beurteilen. Wie hoch wir jene ständige Selbstaufopferung einzuschätzen wissen, zu der sich die große deutsche Sozialdemokratie seit Jahr und Tag gezwungen sieht. Den kommunistischen Dorsch im Rücken, die böllische Hofstrafe auf allen Bewegungen, stellt sie den Hauptpfeiler dar, der das unter wirtschaftlichen Elendsstürmen und der daraus sich ergebenden seelischen und materiellen Zerrüttungen mankende Gebäude der deutschen Republik vor dem Zusammenbruch in ein bolschewistisches oder böllisch-nationalistisches Chaos schützt. Wir wissen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich ganz klar darüber ist, in welche Gefahren sie sich durch ihre Politik der Isolierung begibt, wie sehr sie die kommunistische und hitlerianische Demagogie dadurch erleichtert und doch darf sie überzeugt davon sein, daß die gesamte Internationale,

daß alle Arbeiter der Welt, die sozialistisch denken und fühlen, daß vor allem Frankreichs Arbeiterschaft, Frankreichs Sozialisten, Frankreichs demokratische Republikaner, d. h. gerade diejenigen Schichten unserer Bevölkerung, die am ehrlichsten und offensten auf die deutsch-französische Verständigung hinarbeiten, der deutschen Sozialdemokratischen Partei dafür dankbar sind, daß sie auch in den letzten Tagen wieder das Gelingen der für den Frieden Europas und für die Wiedergesundung Deutschlands so gefährlichen Harzburger Pläne dadurch verhinderte, indem sie der gegenwärtigen Regierung ihre Existenzmöglichkeit sicherte, ungeachtet allen kommunistischen und böllischen Geschreis.“

Stünde die sozialistische Partei Frankreichs heute hinter mir auf dieser Tribüne, wären die 110 sozialistischen Abgeordneten der französischen Kammer hier zugegen, sie alle würden Ihnen zurufen: In dieser Hinsicht zur Rettung des ganzen Körpers, zum Schutze der Deutschen Republik, zum Schutze des Friedens, d. h. zur Aufrechterhaltung der Grundbestimmung für die systematische Weiterverfolgung des begonnenen französisch-deutschen Ausöhnungswerkes,

werden die Ereignisse auch eines Tages befohlen. Für uns in Frankreich bedeutet euer schwerer Kampf, bedeuten die Opfer, die ihr tagtäglich bringen müßt, einen Grund mehr, um unsere eigenen Bemühungen für die Durchführung praktischer Hilfsmassnahmen zugunsten des leidenden deutschen Volkes unermüdet fortzusetzen, bis das Ziel erreicht sein wird.“

Ein Drittel in Kurzarbeit.

Die Wirtschaftskrise in Frankreich.

Paris, 19. Oktober. (Eigenbericht.)

In Paris wurde am Montag der vierte Kongreß der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt, deren Vorsitzender der Präsident des österreichischen Nationalrats Renner ist, eröffnet. Die deutsche Landesgruppe ist durch zahlreiche Abordnungen vertreten, die unter der Führung des Sekretärs von Rositz steht. Ihr gehören auch zwei Gewerkschaftler an: Rössiger vom Gewerkschaftsbund der Angestellten und Spliedt vom IGB.

In seiner Eröffnungsansprache wies Dr. Renner auf die Bedeutung der Arbeiten der Vereinigung in der heutigen Krisenzeit hin. Der Schweizer Nationalrat Lachenal prägte in seiner Rede den Satz, daß der soziale Fortschritt die Vorbedingung für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung sei. Der französische Arbeitsminister Landry erklärte, daß Frankreich, wenn auch nicht in starkem Maße wie andere Länder, ebenfalls von der Weltwirtschaftskrise betroffen sei. Die Arbeitslosigkeit in Frankreich sei bedeutend größer, als aus den amtlichen Statistiken hervorgehe. Besonders beunruhigend sei die Zunahme der Kurzarbeit. Etwa 35 Proz. der Belegschaften der mittleren und großen Fabrikbetriebe Frankreichs seien nur an wenigen Tagen der Woche beschäftigt. Die französische Regierung sei bestrebt, die soziale Gesetzgebung weiter auszubauen. Der soziale Fortschritt brauche aber eine Atmosphäre der Prosperität, des Vertrauens und der Sicherheit.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, wandte sich scharf gegen das bisherige Wirtschaftssystem und gegen die deutsche Rechtsprelle, die die Krise in Deutschland auf die Lohnstarifabkommen und die Arbeitslosenversicherung zurückführe. Der Arbeiter habe einen Anspruch auf soziale Gerechtigkeit und eine menschenwürdige Existenz. Trotz der schweren Krise dürfe die Arbeit auf sozialem Gebiet nicht eingeschränkt werden. Die Aufgabe der Internationalen Vereinigung sei es, der öffentlichen Meinung als Führerin zu dienen. Notwendig sei eine internationale Finanz- und Währungs-konferenz. Es sei an der Zeit, das Problem der inerrationalisierten Schulden und der Reparationen minnherb eingehend zu lösen.

Wiener Winterhilfe.

Der Plan ihrer Durchführung.

Rund 100 000 Menschen stehen als Ausgesteuerte und ihre Angehörigen in Wien vor dem absoluten Nichts. Um ihnen die bitterste Not zu ersparen, will das Kuratorium für die Winterhilfe, bestehend aus Vertretern des Staates, der Gemeinde, der Arbeits- und der Handelskammer, der großen Wirtschaften und der privaten Fürsorgeverbände, vor allem durch Aufstellung des öffentlichen Gewissens, Mittel beschaffen. Ueber den Plan der Massenpetition machte Stadtrat Professor Landier Mitteilungen, die wohl auch für die reichsdeutsche Winterhilfe beachtenswert sind.

Danach soll die Speisung nicht in eigenen Lokalen erfolgen, sondern die Speisen dort geholt und verjehrt werden können, wo es den Beziehern beliebt. Nicht nur die Ausgesteuerten, auch diejenigen, deren Unterstützung nicht ausreicht und alle Pflinglinge der Gemeindefürsorge werden bedacht. Wer sich schämt, Essen abzuholen, dem werden Bedensmittelpakete gegeben. Selbstverständlich können auch Angehörige der freien Berufe die Winterhilfe in Anspruch nehmen. Die Fürsorgeinstitute und Jugendämter sollen die Anweisungen oder die Pakete ausgeben und die Kontrolle ausüben, die auch Doppelzuteilung verhindert.

Hilfe durch Geldauszahlung wird nicht gewährt. Die Aktion soll spätestens am 1. Dezember beginnen. Das Essen zur Verteilung kann jede Vereinigung, jeder Gastwirt oder jede private Küche herstellen, die sich vertraglich gegen bestimmtes Entgelt dazu verpflichtet. Der Staat und die Gemeinde tragen zu den Kosten bei; ein bereits veröffentlichter Aufruf soll auch private Spenden und Beitragsleistungen erbringen.

Verticumber verurteilt. In Köln wurde der Rajmann Bauh wegen Beleidigung Severings zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Bauh hatte von dem „Schlosser Severing, dem Raubmörder“, gesprochen, der „wieder Minister geworden sei“. Bauh ist bereits sechsmal vorbestraft und wird zur Zeit von mehreren Staatsanwaltschaften gesucht. Allein in Berlin wird er sich demnächst wegen fünf Betrügereien zu verantworten haben.

In Mexiko, wo jetzt Calles Militärdiktator ist, geht es heiß her. In Tlapacopan im Staat Veracruz wurden zehn Personen, darunter der Bürgermeister, von Katholiken wegen Kirchenschändung erschlagen. Sie hatten angeblich versucht, die Heiligenbilder zu vernichten. 25 Soldaten, die von dem Bürgermeister der Stadt Tlapacopan im Staate Veracruz angefordert waren, sind in der Nähe dieser Stadt von Aufständischen aus dem Hinterhalt überfallen worden; alle 25 sind tot oder verumdet.

Leute zu Tietz! gute und billige Lebensmittel einkaufen!

Verkauf soweit Vorrat. Mengenabgabe vorbehalten. Preise nur Dienstag und Mittwoch. Fleisch u. leichtverderbliche Waren sind vom Versand ausgeschlossen. Zusendung von Lebensmitteln bei Bestellung v. 5,00 an

Frisches Fleisch	Fische	Gemüse und Obst	Wurstwaren	Kolonialwaren
Schweinebauch ohne Beilage... 0,74 Schweinekamm ad. Schutt, o. Beilage, Pfd. 0,88 Schweinekotelett Pfd. 0,94 Kassler mild... Pfd. v. 0,88 Rückenfett bratf. Pfd. 0,78 Elbein m. Splitt... Pfd. 0,60 Bratwurst bel. art Pfd. 0,88 Hammelvorderfl. Pfd. 0,74 Suppenfleisch Pfd. v. 0,65 Gehacktes... Pfd. 0,88 Schweineieren Pfd. 0,88 Schweineköpfe mit Backe... Pfd. 0,38 Rinderleber gefr. Pfd. 0,98	*Grüne Heringe 3 Pfd. 0,42 *Seelachs gross, ohne Kopf, im ganzen... Pfd. 0,20 *Rotbars im ganzen, Pfd. 0,22 *Schellfisch, ganz, Pfd. 0,24 *Kabeljau gr., 2 K. Lg., Pfd. 0,26 *Kabeljaufilet... Pfd. 0,42 *Schollen... 3 Pfd. 0,38 *in allen Häusern ausser Adresse: Räucherwaren Bücklinge... Pfd. v. 0,30 Flundern geräuch. Band 0,24 Schellfisch u. Makrele, geräuchert... Pfd. 0,36 Seezachs u. Rotbars geräuchert... Pfd. 0,52 Sardinen... 4 Dosen 0,98	Rotkohl... Kopt 0,05 Weisskohl... Kopt 0,05 Wirsingkohl... Kopt 0,05 Blumenkohl... Kopt von 0,15 Rosenkohl... Pfd. 0,15 Spinat... Pfd. 0,10 Musapfel... 3 Pfd. 0,22 Boskop... 2 Pfd. 0,25 Kochbirnen... 3 Pfd. 0,22 Bananen... 3 Pfd. 0,75 Konfitüre Eimer ca. 2 Pfd. 1,00 Pflaumen... 1,00 Aprikosen... 1,10 Johannisbeer... 1,10 Kirsch... 1,25 Himbeer od. Erdbeer... 1,30	Gek. Schinken 1/4 Pfd. 0,35 Bauernleberwurst Pfd. 0,85 Speckwurst 1/4 Pfd. 0,85 Dampfwurst... Pfd. 0,88 Jagdwurst... Pfd. 0,98 Schinkenspeck... Pfd. 1,45 Käse und Fette Margarine... 3 Pfd. 0,75 Palmenbutter 100% Pfd. 0,34 Molkerbutter... Pfd. 1,16 Edamer 40%... Pfd. 0,74 Holländer 40%... Pfd. 0,74 Brie Käse vollfett... Pfd. 0,75 Schweizer vollfett, Pfd. 1,34	Linsen... 2 Pfd. 0,25 Weisse Bohnen... Pfd. 0,14 Tafeleis (Brasil)... Pfd. 0,20 Backobst... Pfd. von 0,40 Eierschnittnudeln Pfd. 0,46 Kaffeemischg. 40% Pfd. 1,10 Konserven Kaiserschoten... 1,45 Junge Erbsen fein... 1,10 Gemüseerbsen... 0,55 Haushaltmischung aus getrockneten Erbsen... 0,50 Karotten geschält... 0,40 Sellerie... 0,75

Gänse... Pfd. von 0,84
Enten... Pfd. von 0,80
Suppenhühner frisch... Pfd. 0,80
Wolghühner... Pfd. v. 0,88
Kaninchen... Pfd. 0,95

Sehr billig! Sehr billig!
Echter Nordhäuser
abgelagerte Qualität
1 Liter- 3,95 5 Liter- 18,75
flasche Flaschen
Preise ohne Flasche

Verkauf nur soweit noch Vorrat!



Schrankapparat »Präsident«
Eiche, mit pneumatischer Deckelstütze, neuartige, patentierte Ultraphonic-Kammertonführung, erstklassiges Doppelfeder-Schneckenwerk, automatische Abstellvorrichtung
110,75



Haubenapparat »Stella«
schweres Eichengehäuse, dunkel gebeizt, patentierte Ultraphonic-Tonführung, bestes Doppelfeder-Schneckenwerk, Original-Schalldose, grosse Klangfülle
59,50



Schrankapparat »Titanic«
schweres Eichengehäuse, mit Schnitzereien, innen Mahagoni poliert, Deckel mit pneumatischen Deckelstützen, Spezial-Tonarm, bestes Doppelfeder-Schneckenwerk, neuartige Ultraphonic-Kammertonführung...
148,00

Marken-Schalplatten, wie Ultraphon, Electrola, Grammophon usw., in reicher Auswahl zu Originalpreisen!

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Dienstag, den 20. Oktober
Staatsoper Unter den Linden
19 1/2 Uhr. — Deutsche Uraufführung
Die schalkhafte Witwe
Städt. Schauspielhaus
Sondermarkt.
20 Uhr
Die natürliche Tochter
Schiller-Theater
Charlottenburg.
20 Uhr
Die Heirat

Winter Garten
8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt
Nidolls, Maria Ney, Napoli, Handy-Bandy, Bial & Remo, Walter Carlos zeigt Rumba, 2 Albarios usw.

GROSSES TAGLICH 8 UHR
REGIE: *Im weißen Rößl* CHARELL
DER WELTERFOLG!
Sonntag nachmittag 3 Uhr billige Preise

6 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 4 1/2 Uhr
Lothringer Straße 37.
Nur noch bis Freitag:
Dodo, das öffentliche Aergernis
Sonnabend zum 1. Male:
Mecker-Fritze
Gutschein 1-4 Personen.
Parkett nur 50 Pf.
Fauteuil 1.— Mark. Sessel 1.50 Mark

Lessing - Theater
Dir. Dr. Robert Klein
Weidenstr. 104/6, 2157.
8 1/2 Uhr
Der letzte Equipagew
Hemola, Brausewetter, Sandrock, Falkenstein

Berliner Ulk-Trio
Neukölln. Lahnstr. 74/75 J
Rennen zu Karlshorst
Heute, den 20. Oktober nachmittags 1 1/2 Uhr
Quast-Jagdrennen.

Am 17. Oktober starb plötzlich der Abteilungsleiter in unserem Amte, Herr
Jakob Bernhard Mendel
im 53. Lebensjahre.
Unser Amt, dem er seit seiner Begründung angehörte, verliert in ihm einen wertvollen Mitarbeiter von vorbildlicher Pflichttreue und unermüdetem Arbeitsfleiss, dessen Verdienste und dessen persönliche Charaktereigenschaften bei uns stets in ehrendem Andenken bleiben werden.
Berlin, den 19. Oktober 1931.
Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin.
Der Direktor: Dr. Schick.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 21. Oktober, vormittags 10 Uhr, auf dem jüdischen Friedhof in Weißensee, alte Halle, statt.

SCALA
Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr
Bernard Etté
Grace du Faye
Mooser José
Anastel & Arthur
4 Bronettes usw.
Paul Nikolaus konfiziert.

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstraße 34.
Dienstag, den 20. 10.
Turnus I
Anfang 20 Uhr
Bohème
Ende gegen 22 1/2 U.
Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Das vierte Gebot
Städt. Schiller-Theater
8 Uhr
Die Heirat.

HAUS VATERLAND
KURFÜRSTENSTRASSE 240
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Sonntags 4 u. 8 1/2 U
Die Blume von Hawaii
Operette v. Abraham
Preis 0,50—14,50

Unsern langjährigen Abteilungsleiter
Paul Wetzel nebst Gattin
zu ihrer heutigen Silberhochzeit
die herzlichsten Glückwünsche
Edg. Friedmann, 20. Oktober
80. Abteilung SPD.

Am 11. Oktober verschied uns allen unerwartet unser lieber Kollege, Herr
Jakob Bernhard Mendel
Seine persönlichen Eigenschaften, vor allem seine warme menschliche Anteilnahme und sein Verständnis für jeden Einzelnen haben ihm die Zuneigung und das volle Vertrauen aller Angehörigen des Amtes gewonnen, was in seiner wiederholten Wahl zum Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates zum Ausdruck kam.
Wir betrauern in ihm aufrichtig und in Dankbarkeit einen wertvollen Menschen, dessen Andenken uns stets unvergänglich bleiben wird.
Das Gesamtpersonal der
Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin.

Internationales Theater
(kleines Theater) Unter den Linden 44.
Täglich 8.15 Uhr
Flucht vor Michael
mit Kitty Aschenbach
Keine Preise 1 bis 6 Mark.

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Das Dreimäderlhaus
mit Maria Paudler
Musik von Schubert
Preis v. 50 Pf. an
Theater im Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Dubarry
mit Gitta Alpar
Preise v. 0,50 M an
Theater am Hollendorferplatz
Täglich 8 1/2 Uhr
Max Adalbert
in: Der beschleunigte Personenzug

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr, Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr
Das neue Programm der Stettiner
Die 3 Komiker
ritton
Bornemann
Bauer
Nachmittags ermäßigte Preise.

Komische Oper
8 1/2 Uhr
Thron zu vergeben
Operette v. Neidhart
Musik v. Witmann
Leuz, Eister, Lilien.
Preis: 0,50—7.— M

Philharmonie
8 Uhr
Sinfonie-Konzert
d. Philharmon. Orch.
Dir. Prof. J. Prüwer
Sinfonie 4-der Mendels.
Cello-Konzert d'Albert
(Grazdan)
2. Sinfonie-Brahms
Eintritt 1. M.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Donnerstag, den 22. Oktober, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Ciglienstr. 63/65 II, Eingang D, Glöckler Str. 66/68
Honorenz der weiblichen Vertrauenspersonen und Betriebsräte
Tagesordnung:
1. Kapitalien erwerb und hiezu gehörige Verhandlungen. Vortragende: Frau Hilbert, Frau Hilbert.
2. Verhandlungsangelegenheiten und Beschäftigung.
Um den Funktionärinnen Gelegenheit zu geben, proletarische Dichtung kennen zu lernen, ist dieses Thema gewählt worden. Sie bitten, rege Propaganda für den Besuch dieser Veranstaltung zu machen. Organisierte Kolleginnen sind als Gäste willkommen.

ROSE-THEATER
Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 8.15 U.
Mittwoch, Sonnabend und Sonntag 6 u. 9 U.
„Frühling im Wiener Wald“
Singspiel von Dr. Leo Ascher.
Große Frankfurter Straße 132
Vorverkauf: Täglich 11—1 und 3—9 U. E 7, 3122.

In den Kreisen
der Vorwärtsleser finden Sie Interessantes für alle Angehörige unrer „KLEINE ANZEIGEN“

LICHTBURG
Bin. - Gesundbrunnen
Direktion: Luis Gutman
Telephon: Humboldt 1436-37
Von Dienstag, den 20. Oktober bis Montag, den 26. Oktober 1931
Neuestes und Bestes bei billigsten Preisen bietet nur die Lichtburg

Ausscheiden! Zentral-Theater
Alte Jakobstr. 30-32
Täglich 8 1/2
Schwarzwalddämäl
Christl Stern, Harry Seidl
Gutschein Parkett 50 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Donnerstag, den 22. Oktober, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Ciglienstr. 63/65 II, Eingang D, Glöckler Straße 66/68
Versammlung aller Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser und weibl. Berufsangehörigen
Tagesordnung:
1. Die Rüchigung unseres Tarifvertrages Referent: Kollege Paul Eckert, Gewerkschaftler.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Berichtedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Es ist Pflicht aller Kolleginnen und Kollegen, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen
Den Mitgliedern zur Nachricht das unser Kollege, der Armaturen
Karl Schläwe
geboren 11. Mai 1871, am 16. Oktober gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, dem 20. Oktober, nachm. 3 1/2 Uhr, am der Leichenhalle des Nordfriedhofes aus statt.

Am 16. Oktober starb unser Kollege, der Schleifer
Gustav Silkenat
geboren am 14. Mai 1865.
Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, im Krematorium Baumhüttenweg, Reichshagen, statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Am 11. Oktober starb unser Kollege, der Maschinenler
Herbert Kruse
geboren am 3. März 1906.
Die Einäscherung hat bereits stattgefunden.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung

BÜHNE FILMTEIL
Gastspiel
Hugo Fischer-Köppe
in einer neuen Lust-Szene
Berthold Reissig
singt zur Laute
Erich Wolff und Hedy Rehs
Die zwei Helden
Fern: Fox töndel, Wochenschau! Von Gletschern und Firnen, ein überwältigendes Naturbild! Im Hölletempo, eine lustige Trick-Angelegenheit
Sonnabend, den 31. Oktober, abends 11,15 Uhr
3. Sonderveranstaltung der Lichtburg
Wieder eine lustige Nacht des Kabarett u. Varietè unter persönlicher Mitwirkung von
Paul Graetz, Maria Ney, Eugen Rex, Lilly Flohr.
Wochentags Sonntags
4 5 6 3 5 8
Preise der Plätze: 0,50 bis 1,50 in Parkett und Rang, 2.— und 2,50 Mark Balkon und Logen

Neu aufgenommen:
VOLKS-BROT
schmackhaft und bekömmlich
1250 gr nur **45 Pf.**
in allen einschlägigen Geschäften erhältlich
WITTLER BROTFABRIKEN N 65

Donnerstag, den 22. Oktober, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal II des Verbandshauses, Ciglienstr. 63/65 II, Eingang D, Glöckler Straße 66/68
Branden-Versammlung der Einrichter und Revisoren
Tagesordnung:
1. Bericht über die Sozialversicherung
2. Disziplin.
3. Branchenangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Nachträgliches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.
Die Ortsverwaltung.
Erfinder - Vorwärtsstrebende
10 000 Mk. Belohnung
Näheres Kostenlos durch
F. Erdmann & Co., Berlin SW 11.

SPD. 143. Abteilung
Am 17. Oktober verstarb p'bildl unser langjähriger Genosse
Jakob Mendel
im 53. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 21. Oktober, vorm. 10 Uhr, auf dem üblichen Friedhof in Weißener, Ciglienstr. 63, statt. **Der Vorstand.**
Für die überaus rege Anteilnahme beim Beimgange unseres lieben totenen Entschlafenen lagen wir allen Beteiligten unseren innigsten Dank, insbesondere der SPD. Bezirk Weidensee, der Anlaufgenossenschaft Berlin und Umgebung sowie dem Vorstand der Nahrungsmittel- und Getreidearbeiter
Frau P. Deier und Kinder